

KOHLEABBAU IN AUSTRALIEN

Wo sich Schweizer Rohstoffkonzerne wie Könige aufführen

Public Eye



Adrià Budry Carbó

Wer hat Angst vor der Kohle?

«Das ist Kohle, keine Angst!» Als Scott Morrison im Jahr 2017 im australischen Parlament ans Rednerpult trat, hatte er an alles gedacht. Um seine Rhetorik zu untermalen, hielt er ein Stück des Sedimentgesteins in die Höhe und schwenkte es unter den Buhrufen jener, die er für ihre «ideologische und erbärmliche» Opposition gegen das wichtigste Exportprodukt des Landes verspottete, hin und her. Der umtriebige australische Finanzminister (und spätere Premierminister) wusste, was er in der Hand hielt.

«Keine Angst!» In gewisser Weise ist dies auch die Botschaft Australiens an den Rest der Welt. Der weltweit zweitgrösste Kohleexporteur plant 68 neue Projekte zum Abbau dieses Rohstoffs. Viele davon werden von in der Schweiz ansässigen Konzernen wie Glencore oder Adani vorangetrieben. An Kapital fehlt es nicht. Ob Kohle, Erdöl, Gas oder Getreide: Aufgrund der Verwerfungen, die der Krieg in der Ukraine und die Pandemie auf den Märkten ausgelöst haben, erzielen die Rohstoffriesen Rekordgewinne. Der Sektor ist sogar auf dem besten Weg, den Anteil der Banken am Bruttoinlandsprodukt der Schweiz zu egalisieren (siehe Seite 20).

Australien hat mit unserem Land gemeinsam, dass es sich nicht für die Aktivitäten seiner Unternehmen verantwortlich fühlt, egal wie umweltschädlich sie auch sein mögen. Dabei ist die Kohle für 40% des Anstiegs der weltweiten CO₂-Emissionen verantwortlich. Australien und die Schweiz gehören zu den Industrieländern, in denen die Klimakrise am stärksten sichtbar ist: Dort gefährdet die Erderwärmung das Great Barrier Reef, hier die Gletscher.

Während eine Klimakonferenz die andere jagt und die Menschen enttäuscht, setzen die Bergbaukonzerne ihre zerstörerische Mission in Australien fort. Wir haben uns mit Aborigines getroffen, die den Widerstand gegen die Rohstofflobby organisieren. Sowohl Glencore als auch Adani haben sich geweigert, uns ihre Türen zu öffnen. Letzterer schreckte nicht einmal davor zurück, uns im Auto zu verfolgen und zu filmen, und drohte mit gerichtlichen Schritten, falls die vor Ort gemachten Fotos veröffentlicht würden. Wir laden Sie ein, diese seltenen Aufnahmen in unserer Reportage ab Seite 4 zu entdecken. Also, wer hat Angst vor der Kohle?

Dank Ihnen!

Die Reportagen und Analysen in unserem Magazin und die Recherchen, auf denen diese beruhen, sind nur dank der Unterstützung unserer Mitglieder und Spender*innen möglich.

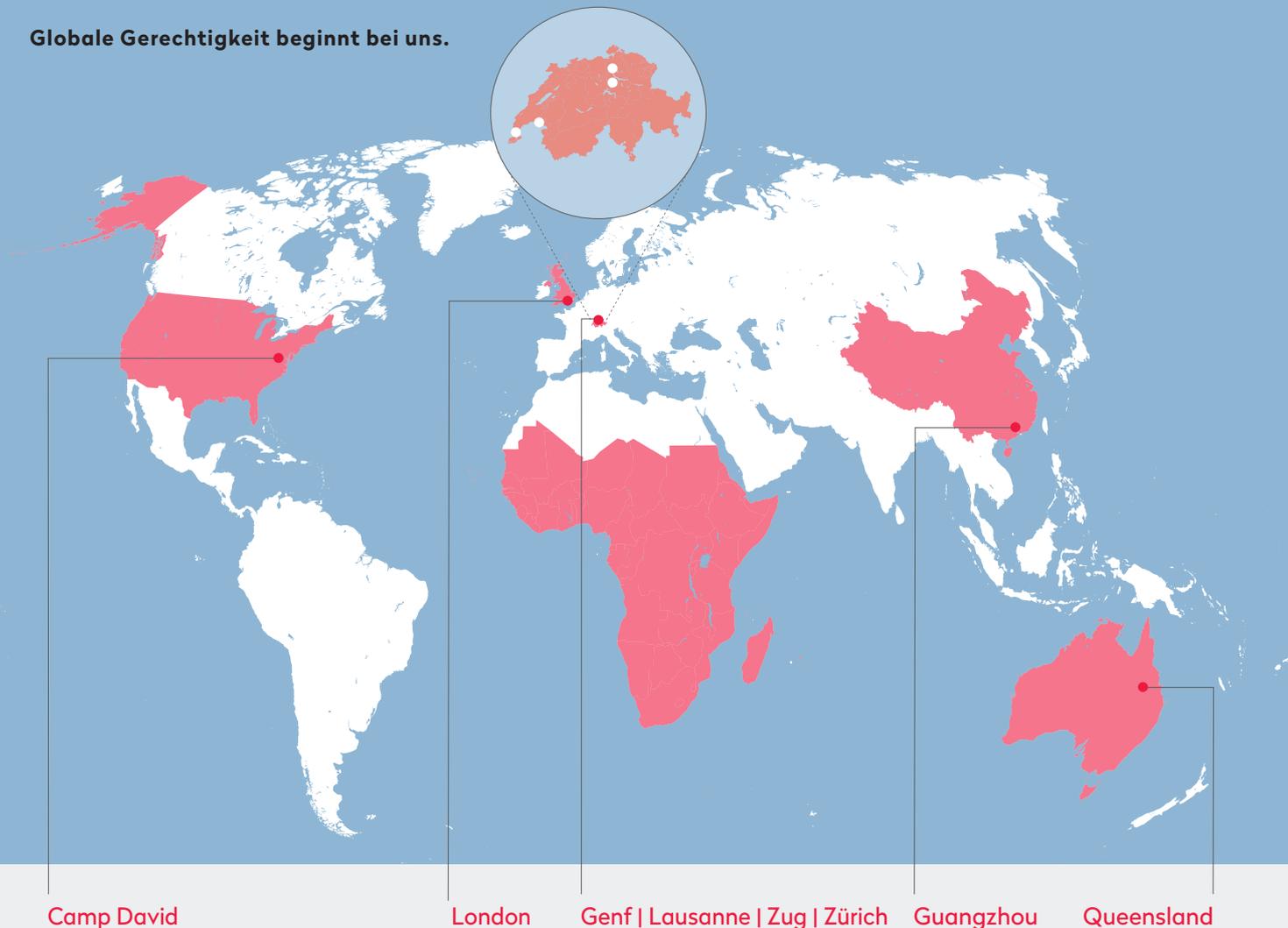
Sie sind bereits Mitglied? Herzlichen Dank! Doppelten Dank, falls Sie eine Mitgliedschaft verschenken. publiceye.ch/geschenkaboo

Sie sind noch nicht Mitglied? Mit 75 Franken pro Jahr sind Sie dabei und erhalten regelmässig unser Magazin. publiceye.ch/mitglieder

Oder wollen Sie uns zuerst kennenlernen? Dann bestellen Sie gratis drei Ausgaben als Schnupperabo. publiceye.ch/schnuppern

Wir freuen uns, von Ihnen zu hören.

Public Eye



Schweizer Kohleprojekte stossen in Australien auf Widerstand

4 Aborigines und Umweltschützer*innen mobilisieren gegen die Rohstofflobby. Sie begegnen dabei heftiger Gegenwehr der Minenbetreiber – auch aus der Schweiz. Lesen Sie unsere exklusive Reportage von den Schauplätzen der aktuellen Debatte.
[Queensland, Australien](#)

Nach Recherchen von Public Eye wenden sich Stones von Shein ab

18 Als die Rolling Stones von den üblen Arbeitsbedingungen beim weltweit grössten Konzern für Wegwerfmode erfuhren, kündigte die legendäre Rockband den Merchandising-Vertrag mit dem chinesischen Modelabel Shein.
[Guangzhou, China | London, Grossbritannien](#)

Schweizer Rohstoffhändler profitieren von Krieg und Krisen

20 Der Krieg in der Ukraine und die Pandemie sorgen für Verwerfungen an den Rohstoffmärkten weltweit. Steigende Preise lassen die Gewinne der Händler explodieren.
[Zug und Genf, Schweiz](#)

Grüne Revolution in Afrika: nichts als heisse Luft?

30 Eine von internationalen und Schweizer Agrarmultis sowie der G7 angeführte Initiative wollte Subsahara-Afrika bis 2022 aus der Armut befreien. Sie ist zwar gescheitert, doch das Rezept scheint nicht ausgedient zu haben.
[Camp David, USA | Subsahara-Afrika](#)

Investigation Award 2023: Brisante Rechercheprojekte gesucht

34 Public Eye lädt Medienschaffende weltweit dazu ein, Rechercheprojekte zu Menschenrechts-, Umwelt- oder Finanzvergehen von Schweizer Unternehmen in wirtschaftlich benachteiligten Ländern einzureichen.
[Zürich und Lausanne, Schweiz](#)



Australiens giftige Kohle

Während Europa aufgrund des Kriegs in der Ukraine nach Alternativen zu fossilen Energieträgern aus Russland sucht, eröffnet Australien Dutzende Kohleminen und opfert dafür seine Naturschutzgebiete und kulturellen Heiligtümer. Um die Projekte durchzusetzen, verweisen die lokalen Behörden auf den Krieg in Europa, während sich hinter den Kulissen alles um die Interessen der in der Schweiz ansässigen Konzerne Glencore und Adani dreht. In Queensland organisieren Aborigines und Umweltschützer*innen den Kampf gegen die Rohstofflobby – unter dem heftigen Widerstand der Minenbetreiber.

ADRIÀ BUDRY CARBÓ

Die ockerfarbene Erde durchdringt alles, sie ist rau wie die Menschen, die sie betreten, und in der Halbwüstenlandschaft allgegenwärtig. Die blassgelbe Rauchsäule, die etwa 50 Meter in die Höhe steigt, ist nicht zu übersehen. In dieser Landschaft gibt es kaum Echo, und so klingt die Sprengung wie ein kurzer, heftiger Schlag. Er kommt von der grossen Narbe, die die Carmichael-Mine im geologischen Galilee-Becken im Herzen von Queensland in Nordostaustralien hinterlassen hat.

Coedie MacAvoy hat schon einiges erlebt. Der 30-jährige Sohn eines Stammesältesten und Hüters des Wissens der Wangan- und Jagalingou-Gemeinschaften nennt voller Stolz die Anzahl Tage, während derer er das kleine Stück Land gegenüber dem Gelände schon besetzt hat, das der Adani-Konzern in eine der grössten Kohleminen der Welt umwandeln will. An diesem Nachmittag im Oktober sind es 406 Tage. So viele Tage zählt auch das Camp Waddananggu; der Name bedeutet «Diskussion» in der indigenen Sprache Wiridi.

Über ein Jahr Besetzung reichte zwar nicht, um den Produktionsstart im Dezember 2021 zu verhindern, doch dem ehrgeizigen Multi ist sie ein grosser Dorn im Auge. Adani wird vom indischen Milliardär Gautam Adani geführt, der dank dem Kohleboom zum drittreichsten Mann der Welt (142,4 Milliarden US-Dollar, Stand Mitte November 2022) aufgestiegen ist (siehe Seite 13). Im April 2020 hat der indische Konzern in Genf einen Handelszweig eingerichtet, der seine Kohle verkaufen soll. Dieser ist bei einem lokalen Treuhandunternehmen domiziliert. Gemäss Daten, die Public Eye vorliegen, unterstützte Credit Suisse im Jahr 2020 Adani, indem die Grossbank dem Unternehmen ermöglichte, Anleihen im Wert von 27 Millionen US-Dollar auszugeben. Laut der spezialisierten Plattform Global Coal Mine Tracker ist Adani mit 60 Projekten hinter Coal India der multinationale Konzern mit den meisten Plänen zur Eröffnung neuer Kohleminen. Glencore belegt mit 37 Projekten den sechsten Platz in diesem Ranking.

Adani kontrolliert ein Drittel der indischen Kohleimporte. Wie das Magazin «The New Yorker» im November 2022 berichtete, ist der Konzern in seiner Heimat auch dafür bekannt, Dörfer zu schleifen und Wälder abzuholzen, um dort riesige Kohleminen zu graben.

In Waddananggu brennt seit dem 26. August 2021 das zeremonielle Feuer der ursprünglichen Besitzer*innen, in Australien «traditional owners» genannt. Die Aborigines

werden zeitweilig begleitet von Klimaaktivist*innen und Menschen, die sich für die Rechte der indigenen Gemeinschaften einsetzen, manchmal in Gesellschaft ihrer Kinder. Insgesamt sind es etwa 15 Personen. «Atmet diese Scheisse nicht ein!», rufen sie all den Menschen zu, die aus den Zelten und Baracken kommen, um die dicke Rauchsäule zu beobachten, die sich in Richtung Horizont auflöst.

Mit sonnenverbrannten Schultern und einer Feder, die vom Filzhut auf ihr blondes Haar fällt, filmt Sunny die Staubwolke, die sich nach Nordwesten in Richtung der umliegenden Felder und des Viehs bewegt, das dort weidet. Sunny, die die Zerstörung von uralten Artefakten der Aborigines anprangert, dokumentiert alle Sprengungen der Mine, die nach 15 Jahren rechtlicher Auseinandersetzungen nun rasant ausgebaut wird.

Nachfrage nach australischer Kohle steigt

Nach zwei Jahren Pandemie laufen die Kohleminen auf Hochtouren, um aus den historisch hohen Preisen Kapital zu schlagen. Und nach dem Überfall auf die Ukraine am 24. Februar 2022 wird australische Kohle (der qualitativ am nächsten liegende Ersatz für Kohle aus Russland) zum Dreifachen des Durchschnittspreises der letzten zehn Jahre gehandelt. Länder wie Polen, die stark von russischen fossilen Brennstoffen abhängig sind, baten Australien, die Exporte von Kraftwerkskohle zu erhöhen. In Queensland nutzten die Behörden die Gelegenheit, um auch besonders unbeliebte Projekte wie das von Adani anzukurbeln. Seit dem Beginn des Kriegs in der Ukraine hat Australien 3,3 Millionen Tonnen Kohle nach Europa exportiert. Dies geht aus Daten hervor, die Public Eye von der spezialisierten Agentur Argus Media zur Verfügung gestellt wurden. Fast die Hälfte dieser Kohle (1,4 Millionen Tonnen) stammte von elf Massengutfrachtern, die vom Hafen Abbot Point am Korallenmeer im Nordosten des Landes kamen, der von Adani kontrolliert wird.

Sunny ist empört. «Bei diesem Wind sollten sie keine Sprengungen durchführen», meint sie, ohne ihr Smartphone wegzulegen. «Eigentlich sollten sie dies sowieso nicht, aber heute erst recht nicht.» Adani hat sich zum Ziel gesetzt, bis Ende 2022 mindestens 10 Millionen Tonnen zu produzieren. Der Konzern scheint es eilig zu haben – schliesslich waren ursprünglich 60 Millionen Tonnen pro Jahr geplant, die über eine 300 Kilometer lange Zuglinie mit zwei Gleisen nach Abbot Point befördert werden sollten. Von dort aus – nur wenige Dutzend Kilometer vom Great Barrier Reef entfernt, dem grössten Korallenriff der Welt, das seit 1981 zum Unesco-Weltkulturerbe gehört und gemäss einem Bericht von Expert*innen der UNO vom November 2022 «gefährdet» ist, wird die Kohle auf Massengutfrachter verladen, um hauptsächlich in fast 10 000 Kilometer entfernten indischen, chinesischen und koreanischen Kraftwerken verbrannt zu werden.

→

← Nach jahrelangen rechtlichen Blockaden betreibt Adani die Carmichael-Mine mit voller Kapazität. Der Preis für Kohle ist derzeit dreimal so hoch als vor dem Krieg in der Ukraine. Hier wirbelt eine Explosion eine Rauchsäule etwa 50 Meter in die Höhe.



Coedie MacAvoy ist ein Nachfahre der Aborigine-Gemeinschaften der Wangan und der Jagalingou. Er unterstützt den Kampf seines Vaters und war der erste, der 2019 dieses Stück Land gegenüber der Carmichael-Mine besetzte, um sich den Plänen des indischen Energiemagnaten Gautam Adani zu widersetzen.

© Matthew Abbott/Panos

Ein ökologischer und logistischer Unsinn, meint Grant Howard. Für den früheren Minenarbeiter aus der Region Mackay, der rund 30 Jahre in der Industrie gearbeitet hat, ist Carmichael «nur deshalb von wirtschaftlichem Interesse, weil Adani über die gesamte Infrastruktur verfügt und der indischen Bevölkerung zu hohe Energiepreise abverlangt». Als Umweltschützer, der sich in den Busch zurückgezogen hat, um der Natur näher zu sein, verurteilt Howard das «unzeitgemäße» Projekt. Es droht, als trojanisches Pferd für andere gigantische Bergbauprojekte im Galilee-Becken zu dienen, das bis zur Ankunft von Gautam Adanis Leuten unberührt gewesen war. «Wer heutzutage weiterhin Kraftwerkskohle fördert, hat keine Moral», kritisiert Howard. Australien verfügt über die drittgrößten Kohlereserven der Welt – genug, um noch vier Jahrhunderte lang weiter zu produzieren.

Auf Anfrage erklärt die Credit Suisse, welche die Finanzierung von Adani unterstützt hat, dass sie ihre Verantwortung im Kampf gegen den Klimawandel wahrnehme. «Wir sind uns bewusst, dass auch die Finanzströme mit den Zielen des Pariser Klimaabkommens übereinstimmen müssen», meldet die Medienstelle der Bank und versichert, dass sie ihr finanzielles Engagement in Kohle im Jahr 2021 um 39 % reduziert habe. Die Sprecher*innen

lassen jedoch offen, ob ein Kunde wie Adani, der den Grossteil seiner Einnahmen aus Kohle erzielt und die Eröffnung neuer thermischer Kohleminen plant, künftig von der Finanzierung ausgeschlossen wird. «Die Position der Credit Suisse im Bereich Nachhaltigkeit ist darauf ausgerichtet, unsere Kunden beim Übergang zu kohlenstoffarmen und klimaresistenten Geschäftsmodellen zu unterstützen», so die Bank.

Die blutige Geschichte des Landes

Für Coedie MacAvoy ist es eine Familienangelegenheit. Er unterstützt den Kampf seines Vaters Adrian Burragubba – der sich durch Prozesse gegen den multinationalen Konzern ruiniert hatte –, indem er 2019 allein das Carmichael-Gelände besetzte, um «Teile des Eigentums» auf dem Land seiner Vorfahr*innen zurückzuerobern und so die Bauteams von Adani aufzuhalten. Nach zwei Wochen schnitten die Sicherheitsbehörden seine Versorgungswege vollständig ab.

Er ist auch der Anführer der seit August 2021 andauernden Proteste, aber er ist nicht mehr allein. «Ich bestreite das Recht der Regierung, Land zu enteignen, um es in eine Bergbaukonzession umzuwandeln», sagt Coedie MacAvoy. Mit seinen stechend grünen Augen, dem



© Matthew Abbott/Panos

Ursprünglich wollte Adani aus Carmichael die grösste Kohlemine Australiens mit einer Jahresproduktion von 60 Millionen Tonnen machen. Weil die Umweltbelastung kritisiert wurde und die Banken dem Projekt den Rücken kehrten, wurde die Kapazität auf aktuell 10 Millionen Tonnen reduziert.

Flow eines Rappers und seinem tätowierten Totem auf der Brust zählt sich der 30-Jährige gerne zu den Aktivist*innen, die sich an Bäume ketten – mit einer Extraportion «Fight the power». «Ich bin keiner dieser Grünen aus Melbourne», betont der Aborigine.

2019 hat die lokale Regierung von Queensland den indigenen Gemeinschaften die Eigentumsrechte aberkannt und diese dem Bergbaukonzern überlassen, der die Aborigines seitdem wie Eindringlinge behandelt. Nach dem hartnäckigen Widerstand von Coedie und seinem Vater wurde diesen vor Gericht immerhin das Recht zugesprochen, ihr Land zu besetzen, um «ihre Identität und ihr kulturelles Erbe zu überwachen, zu schützen und zu fördern», solange dies nicht mit den Bergbauaktivitäten in Konflikt gerät. Dieses Recht geht aus dem Menschenrechtsgesetz von Queensland hervor, das am 1. August 2020 in Kraft trat.

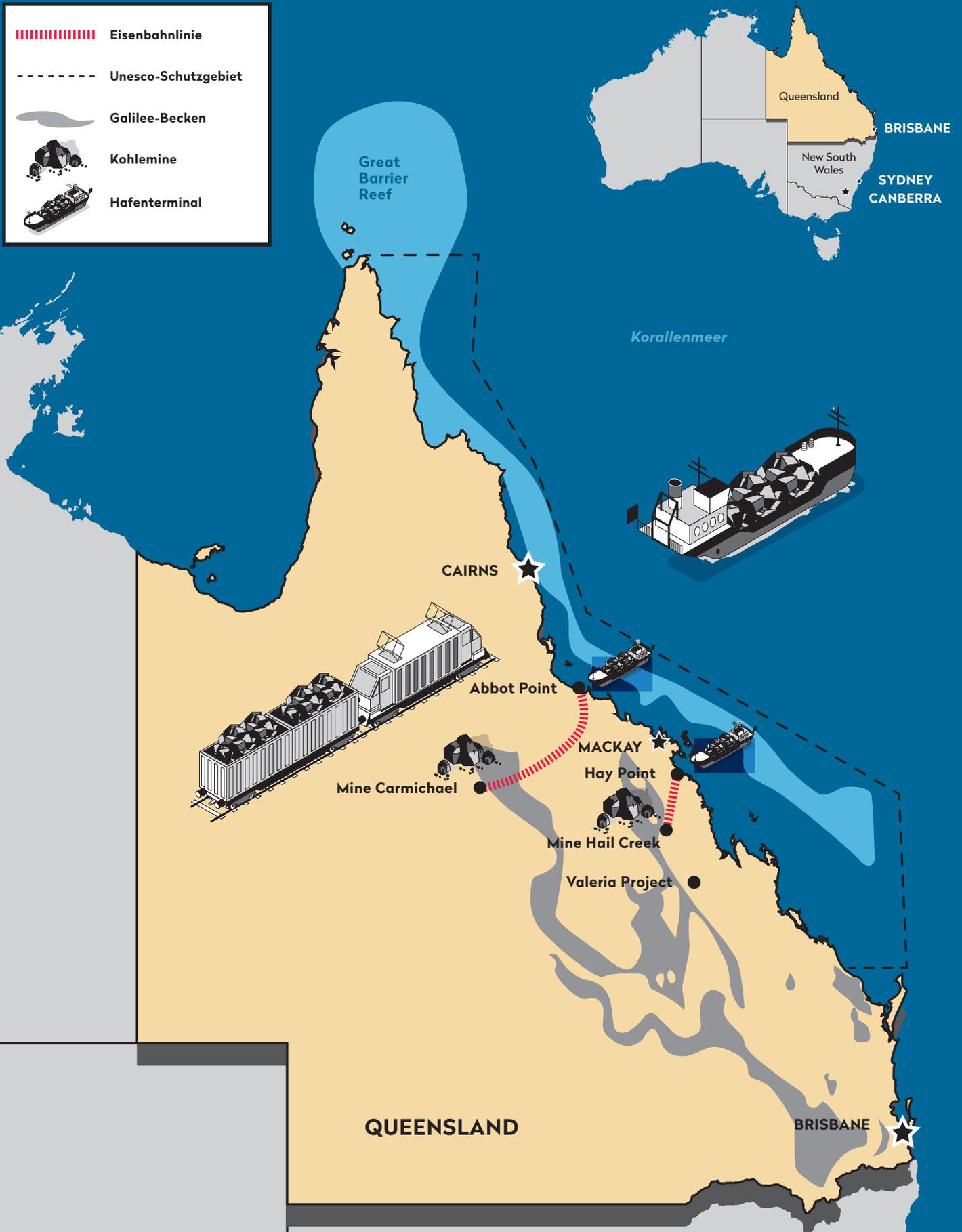
Die Gesetzeslücke, die damit gefüllt wurde, hängt mit der blutigen Geschichte dieser Region und mit den Bedingungen zusammen, unter denen das Land den Aborigines weggenommen worden war. «Es ist bekannt, dass die Weissen erst 1860, zur Zeit meines Urgrossvaters, hier eintrafen», sagt Coedie MacAvoy. «Sie erschossen alle Männer im wehrfähigen Alter.» Die Aborigines wurden erst 1967 in die australische Volkszählung aufgenommen,

und die australische Bundesverfassung gesteht ihnen bis heute keine Sonderrechte zu. Auf regionaler Ebene gewährleistet nun aber das Menschenrechtsgesetz ihr Recht, ihre Kultur zu schützen. «Wir haben gelernt, mit ihren Waffen umzugehen und diese nach besten Kräften einzusetzen; wir haben die Büchse der Pandora geöffnet», sagt Coedie MacAvoy stolz, der den von seinem Grossvater «geliehenen» irischen Namen beibehalten hat. Im Stil eines Stammesführers gibt er die indigene Sprache Wirdi an die Jüngeren weiter und träumt davon, ein Esperanto der Aborigine-Dialekte zu schaffen, denn «alles, was ich sage oder berühre, wird als kultureller Akt anerkannt». Sehr zum Ärger der Adani Group, die sich an ihre Bergbaukonzession klammert und immer wieder die 180 Kilometer entfernte Polizei ruft.

Public Eye konnte sich ein Bild davon machen, wie aggressiv der multinationale Konzern mit Menschen umgeht, die sich für seine Aktivitäten interessieren. Während unserer Recherche vor Ort verfolgte uns ein Geländewagen seines Sicherheitsdienstes entlang der öffentlichen Strasse, die zur Mine führt, und filmte uns, als wir vor dem Camp Waddanangu aus dem Fahrzeug stiegen. Einige Stunden später erreichte die Geschäftsleitung von Public Eye per E-Mail ein Schreiben, das uns aufforderte,

KOHLEABBAU IM AUSTRALISCHEN BUNDESSTAAT QUEENSLAND

-  Eisenbahnlinie
-  Unesco-Schutzgebiet
-  Galilee-Becken
-  Kohlemine
-  Hafenterminal





Der Massengutfrachter Mineral Noble wird im Terminal von Abbot Point beladen. Der Hafen ist seit 2011 im Besitz der Adani Group und ist nur 70 Kilometer vom Great Barrier Reef entfernt, das zum Unesco-Weltnaturerbe gehört.

das Gebiet zu verlassen – «leave immediately and do not return» –, und uns verbot, die vor Ort gemachten Aufnahmen zu verbreiten. Das Schreiben schloss mit dem Hinweis auf eine Beschwerde bei der örtlichen Polizei und der Androhung rechtlicher Schritte.

Public Eye hat Adani eine Liste mit detaillierten Fragen zukommen lassen. Der Konzern wollte jedoch weder die Pläne für seine Niederlassung in Genf oder seine Ziele für die Carmichael-Mine erläutern noch auf seine Haltung gegenüber kritischen Stimmen eingehen. Das multinationale Unternehmen weist stattdessen unsere Fragen «vollständig» zurück, die implizieren, dass seine Unternehmen unverantwortlich oder im Widerspruch zu den geltenden Gesetzen und Vorschriften gehandelt haben. «Es ist enttäuschend, dass Public Eye als Organisation mit Sitz in einer reichen und einkommensstarken Nation die eigene privilegierte Position nutzt und versucht, den ärmsten Menschen der Welt den Zugang zu derselben zuverlässigen und erschwinglichen Energie zu verweigern, von der die führenden Industrieländer seit Jahrzehnten profitieren», schliesst die Nachricht, die von einem Sprecher der australischen Niederlassung gesendet wurde. Die Daten, die Public Eye vorliegen, zeigen allerdings, dass ein erheblicher Teil der Adani-Produktion derzeit auch deutsche, niederländische, schwedische und britische Häfen erreicht. Von wegen «die ärmsten Menschen der Welt».

Roter Teppich für die Konzerne

Der Kampf, den Coedies Familie gegen den multinationalen Konzern führt, ist höchst ungleich. Sowohl die Landesregierung als auch die Regierung von Queensland haben den roten Teppich für Bergbaukonzerne wie Adani ausgerollt, die nun dank den historisch hohen Preisen 120 Milliarden australische Dollar (76 Milliarden Franken) an Einnahmen für den Export von 400 Millionen Tonnen thermischer Kohle (für die Stromerzeugung) sowie metallurgischer Kohle (für die industrielle Nutzung) erwirtschaften sollen.

Der Zuger Konzern Glencore ist mit 15 Minen (die zwei Drittel seiner Produktion ausmachen) der führende Kohleförderer des Landes. Zusammen mit Adani und ihren australischen, chinesischen und japanischen Konkurrenten bildet er ein mächtiges und einflussreiches Netzwerk mit besten Verbindungen in die Medien und die Politik. In Queensland nimmt die Kohlelobby für sich in Anspruch, 58,8 Milliarden australische Dollar (über 37 Milliarden Franken) zur lokalen Wirtschaft beizutragen und 292 000 Arbeitsplätze zu schaffen, davon 35 000 direkte.

Der ehemalige konservative Premierminister Australiens, Tony Abbott, beschrieb im Juni 2015 das Adani-Projekt der Carmichael-Mine als «armutsbekämpfendes Wunder», das es «Australien ermöglichen wird, zu einer Energiesupermacht zu werden». Der indische Konzern erhielt Steuererleichterungen sowie



Die Mine Hail Creek stösst gemäss Satellitenbildern zehnmals mehr Methan aus, als Glencore den Behörden gemeldet hat. Der Zuger Konzern hatte die Mehrheit der Anteile im August 2018 von einem Konkurrenten übernommen, der keine Kohle mehr abbaut.

© Matthew Abbott/Panos

ein undurchsichtiges, mehrjähriges Moratorium auf die Schürfbühren. Erst unter Druck verzichteten die Behörden darauf, dem multinationalen Konzern ein Darlehen für den Ausbau seiner Eisenbahnlinie zu gewähren. 2019 hatte ein Bericht des Institute of Energy Economics and Financial Analysis – ein Thinktank, der Fragen im Zusammenhang mit Energiemärkten und -politik untersucht – das Ausmass dieser «Geschenke» auf über 2,7 Milliarden Franken geschätzt; eine Summe, die eine Voraussetzung für die Realisierbarkeit des Projekts gewesen sein soll.

Eine Touristikerin macht nicht mit

Die lokale Reiseveranstalterin Lindsay Simpson reiste selbst mit einer Gruppe australischer Aktivist*innen zu Gautam Adani in den indischen Bundesstaat Gujarat. Sie wollten sich 2017 zur Generalversammlung des Konzerns einladen und die Premierministerin von Queensland, Annastacia Palaszczuk, bei ihrem offiziellen Besuch abfangen, um ihr dann zu verkünden: «Sie werden den Tod des Great Barrier Reef mit ins Grab nehmen.»

Lindsay Simpsons erste Begegnung mit Adani fand 2013 statt. Der indische Konzern hatte zwei Jahre zuvor den Hafen Abbot Point erworben und wollte nun seine Transportkapazitäten durch spektakuläre Bauvorhaben direkt im Korallenmeer ausbauen. Um das zu erreichen, wollte er die Tourismusbranche dazu bringen, die Verklappung

von 3 Millionen Kubikmetern Baggergut direkt ins Meer gutzuheissen. Die ehemalige Kriminalreporterin der Tageszeitung «Sydney Morning Herald», die mittlerweile auf die Organisation von Segeltörns umgestiegen ist, weigerte sich damals, das von Adani erstellte Dokument zu validieren, das der lokale Tourismusdachverband «gegen Entschädigungszahlungen» unterzeichnet hatte.

Lindsay Simpson bezeichnet sich heute als Autorin eines fiktiven Romans und elf Krimis, die auf wahren Verbrechen basieren, «darunter das Verbrechen von Adani»: In «Adani, Following Its Dirty Footsteps» schildert sie den Hang der lokalen Politik, vor der Bergbauindustrie zu kuscheln. Sie zieht Parallelen zwischen der Kolonialisierung Australiens und der Geschichte des Bergbaus und kritisiert die fortwährende und heuchlerische «Huldigung» dieser «männlichen Helden der Arbeiterklasse mit Schutzhelmen».

Die ersten Kohlevorkommen in Queensland wurden 1825 westlich von Brisbane entdeckt, als die Region als Strafkolonie für die britische Krone dienen sollte. Nachdem das Land weniger als zwei Jahrzehnte später in freies Land umgewandelt wurde, ermöglichte der Abbau von Sedimentgestein in grossem Stil die Versorgung der Dampfschiffe, auf denen die ersten Siedler*innen ankamen.

Die Bevölkerung in den ländlichen Gebieten im Landesinneren ist nach wie vor von diesen Arbeitsplätzen abhängig. Neben der Landwirtschaft stellt der Bergbau



© Matthew Abbott/Panos

Glencore hat Public Eye nicht erlaubt, die Hail-Creek-Mine zu besuchen. Am Eingang weist jedoch ein Schild auf die «Werte» hin, die dem Zuger Konzern am Herzen liegen, darunter «Offenheit» und «Verantwortung».

fast die einzige Einkommensquelle dar. In den Dörfern Collinsville, Clermont und Emerald – wo Glencore einige seiner Minen betreibt – sorgt die Blockadehaltung von Umweltschützer*innen und Aborigines für deutlich mehr Kritik, als es die Schattenseiten des Bergbaus tun. Medienschaffende sind selten gern gesehen, und nur wenige Einheimische sind bereit, sich gegenüber Medien zu äussern, die eine andere Sicht der Dinge vertreten.

Den Kids ein Leben ermöglichen

Luke Holmes zählt nicht zu diesen Menschen. Bei unserem Treffen beobachtet er von seinem Quad aus seine weidende Herde und spricht dabei über die notwendige Schaffung von Arbeitsplätzen. «Unsere Kinder müssen weiterhin Arbeit haben, denn hier wird man nicht Arzt», sagt er und spuckt seinen Kautabak aus, während seine beiden Hunde auf dem Rücksitz hecheln. Luke Holmes hat selbst etwa 15 Jahre lang für einen Bergbaukonzern gearbeitet. Das brachte ihm das nötige Geld für den Kauf eines Stücks Land ein, von dem er heute leben kann. Die Einstiegslohne betragen ohne Weiteres 45 australische Dollar pro Stunde (29 Franken), qualifizierte Arbeitskräfte kriegen fast das Doppelte – und das bei Kost und Logis. Der Farmer ist Big Coal zwar weiterhin dankbar, gibt aber zu bedenken, dass «Kohlebergwerke viel weniger reguliert sind als die Landwirtschaft».

Klar, denn König Kohle beherrscht die Region und duldet niemanden neben sich. Derzeit sind in Australien 68 Projekte zur Ausweitung oder zur Eröffnung von Bergwerken in Planung, die Hälfte davon in Queensland, so die offiziellen Zahlen. Angesichts des Vormarsches der Kohle müssen nun einige Farmerfamilien schweren Herzens die zweite Zwangsenteignung ihres eigenen Grund und Bodens ertragen. Um dem Ganzen entgegenzuwirken, handeln die Bergbaukonzerne die Entschädigungen von Fall zu Fall aus und überbieten sich gegenseitig mit spektakulären Versprechen von Vorteilen für die lokalen Gemeinden und der Anzahl der Arbeitsplätze, die geschaffen werden würden. Adani hatte ursprünglich 1500 Arbeitsplätze während der Bauphase sowie 6750 indirekte Arbeitsplätze versprochen. Diese Zahlen sind inzwischen stark nach unten korrigiert worden.

Matthew Currell, Professor für Umwelttechnik, ist besorgt darüber, dass die Kohleminen die Wasserressourcen in diesen halbwüstenartigen Gebieten in Beschlag nehmen. «Die Regierung von Queensland hat Adani eine Lizenz erteilt, beliebig viel Grundwasser zu pumpen. Doch es fand keine seriöse Umweltverträglichkeitsprüfung statt», bemängelt Currell. Als Mitverfasser eines Meinungsartikels schrieb er im Mai 2020: «Australien hat beim Coronavirus auf die Wissenschaft gehört. Stellen Sie sich vor, wir würden dies auch bei

den Kohleminen tun.» Für den Wissenschaftler des Royal Melbourne Institute of Technology (RMIT) ist das Risiko einer Kontaminierung oder Austrocknung des Ökosystems der Doongmabulla-Quellen – Lebensraum für seltene und den Aborigines heilige Pflanzenkulturen – offensichtlich; angesichts der wirtschaftlichen und der wahlpolitischen Interessen wurde es jedoch ignoriert.

Die Argumentation des Dealers

Auf globaler Ebene gibt es ein noch grösseres Problem: die Emissionen. Lange Zeit konzentrierte sich die Debatte auf Kohlendioxid (CO₂), das bei der Verbrennung von Kohle freigesetzt wird. Auf diese Kritik haben die Lobbys oft reagiert, indem sie das Problem auf die Länder abwälzten, in welchen die Kohle verbraucht wird. «Das klingt für mich wie die Argumentation eines Drogendealers», sagt Peter MacCallum, Koordinator der Umweltorganisation Mackay Conservation Group. «Ich kann noch so viel Heroin verkaufen, aber ich bin nicht verantwortlich für die Menschen, die es konsumieren.»

Die lokale Regierung kündigte Ende September stolz an, dass sie bis 2035 auf den Verbrauch von thermischer Kohle als Energieträger im Inland verzichten wolle. Der Export von Kohle wurde jedoch mit keinem Wort erwähnt. Diese politische Ansage veranlasst Peter MacCallum zu dem ironischen Kommentar: «So werden wir wie die Schweiz: Unsere Hände bleiben sauber.»

Der ökologische Kampf dreht sich in Wirklichkeit immer mehr um das Methan, ein potentes Treibhausgas, das beim Kohleabbau freigesetzt wird. Es ist 82-mal stärker als CO₂ und soll laut einem der letzten Berichte des Weltklimarats IPCC für den Anstieg der globalen Temperaturen um 0,5 Grad in den letzten 100 Jahren verantwortlich sein. In Australien – dem Industrieland, das weltweit am anfälligsten für Klimakatastrophen wie steigende Meeresspiegel oder Waldbrände ist – verlagert sich der Fokus der ökologischen Anliegen daher von der Kohleverbrennung auf die Gewinnung und Verarbeitung. Damit sind die Worte des Dealers für das Förderland passé.

Mithilfe neuer Satellitenbilder der US-amerikanischen Raumfahrtbehörde Nasa hat das kanadische Rechercheunternehmen Ember in einem Bericht vom Juni 2022 die Methanlecks aller australischen Kohleminen analysiert. Das Ergebnis: Die Verschmutzung ist fast doppelt so gross wie diejenige, die der lokale Autoverkehr verursacht. Und: Bergbauprojekte im Galilee-Becken wie das auf Jahrzehnte angelegte Adani-Projekt werden die Lage in Zukunft weiter verschlechtern.

Zu den umweltschädlichsten Tagebauminen Australiens gehört Hail Creek mit einer Fördermenge von rund 7 Millionen Tonnen, an der Glencore 2018 die Mehrheit übernommen hat. Satellitenbilder zeigen, dass aus der Mine mehr als zehnmals so viel Methan entweicht, als Glencore den Regulierungsbehörden gemeldet hat.

Der Zuger Konzern, den wir mehrere Wochen im Voraus kontaktiert hatten, verweigerte uns eine Besichtigung der Mine und begründete dies mit der «Revision des Jahresbudgets». Vor Ort, an der einzigen öffentlichen Zufahrtsstrasse zur Mine und zu ihrem Kontrollposten, wirbt ein Schild jedoch für Offenheit und Verantwortung als Glencores Werte. Auf Anfrage schickte uns der Zuger Konzern ein Merkblatt zum Thema Methanemissionen. Es beschreibt mit dem Tagebau verbundene Phänomene, lobt Glencores Bemühungen zur Reduzierung (durch die Gasverbrennung oder das Einfangen des Gases zur Umwandlung in Strom) und äussert Zweifel an der Verwendung von Satellitenbildern, da diese zu «unstet» seien, um sie mit den jährlich gemeldeten Emissionen zu vergleichen.

In Queensland wird es jedoch immer schwieriger, die Erderwärmung zu ignorieren. Das weltbekannte Great Barrier Reef – der Stolz der Region – erstreckt sich über 2000 Kilometer und wird von immer heftigeren Wirbelstürmen und einer beschleunigten Korallenbleiche heimgesucht. Im Mai 2022 waren laut einem Regierungsbericht 91 % der Riffe von einer andauernden Hitzewelle betroffen. Es war die vierte seit 2016. In der Tourismusbranche, in der normalerweise nicht viel darüber gesprochen wird, um Tauch- und Segelliebhaber*innen nicht abzuschrecken, werden allmählich kritische Stimmen laut.

Der in Kalifornien geborene Tony Fontes kam 1979 an die Küste von Airlie Beach, «um seinen Traum vom Tauchen am Riff zu leben». Er ist geblieben. Aber heute ist es nicht mehr dasselbe Gefühl, weil das Great Barrier Reef so sehr gelitten hat. «Das Thema wird totgeschwiegen. Anstatt gemeinsam gegen die Interessen der Bergbaukonzerne vorzugehen, die dem Tourismus schaden, leugnen die Reiseunternehmen lieber die Folgen des Klimawandels, aus Angst, dass die Tourist*innen ausbleiben», kritisiert er. Die Reiseveranstalterin Lindsay Simpson beobachtet eine neue Tourismuskategorie, die sie «disaster tourism» nennt – Katastrophentourismus; Reisende, die das Great Barrier Reef unbedingt noch sehen wollen, bevor es zu spät ist.

Die goldenen Zeiten der Industrie

Die Kohleindustrie hat ihre Zukunft jedoch noch vor sich. Im Gebiet um die Ortschaften Capella und Emerald hat Glencore im April 2020 Genehmigungsanträge für die vielleicht grösste Mine Australiens eingereicht: sechs Kohleschächte mit einer Produktion von 20 Millionen Tonnen pro Jahr. Codename: Valeria Project. Baubeginn: 2024. Dauer: 30 Monate, einschliesslich des Baus der dazugehörigen Eisenbahn- und Strominfrastruktur. Das Ganze soll 37 Jahre lang nutzbar sein. Das ist weit nach 2050, dem Jahr, in dem der Zuger Konzern bei den Emissionen netto null erreichen will.

Unter dem Druck seiner Kapitalgeber verpflichtete sich der damals von Ivan Glasenberg geleitete Rohstoff-



© Vijay Soneji/Mint via Getty Images

Beide stammen aus dem Bundesstaat Gujarat, ihr Aufstieg ist untrennbar verbunden: Gautam Adani (links) und der indische Premierminister Narendra Modi. Im Wahlkampf im Jahr 2014 war Kandidat Modi mit einem Jet von Adani umhergereist.

Gautam Adani – steinreich und regierungsnah

Wer Milliarden besitzt, spricht gerne über seine bescheidene Herkunft. Gautam Adani, Sohn eines Textilhändlers aus dem westindischen Gujarat und eines von acht Geschwistern, ist da keine Ausnahme. Nach bescheidenen Anfängen als Handelsunternehmen diversifizierte die 1988 gegründete Adani Group rasch in die Bereiche Hafen- und Flughafeninfrastruktur, Kraftwerke, Kohleminen und Immobilien; seit Kurzem ist Adani auch in der Medienbranche tätig. Der kompetenहाfte Aufstieg des Imperiums erfolgte am finanziellen Tropf zahlreicher grosszügiger internationaler Banken. Der am höchsten verschuldete Konzern Indiens hat nach Angaben von Bloomberg Fremdwährungsanleihen im Wert von rund 8 Milliarden US-Dollar ausstehen.

Das Konglomerat ist in zahlreiche miteinander verflochtene Unternehmen aufgeteilt, von denen sieben an der Börse notiert sind. Der durch den Krieg in der Ukraine ausgelöste Sturm auf den Energiemärkten hat dem selbsternannten Selfmade-Unternehmer in die Karten gespielt. Angetrieben von den Kohle- und Gaspreisen haben seine Unternehmen und sein Privatvermögen ihn zum drittreichsten Mann der Welt gemacht. Im Mai 2022 verkaufte ihm der Schweizer Zementhersteller Holcim sein Geschäft in Indien für 10,5 Milliarden US-Dollar.

In Indien wird auch auf die Nähe von Gautam Adani zu Premierminister Narendra Modi hingewiesen, der ebenfalls aus Gujarat stammt. Er war dort Regierungschef, als Adani von neuen Gesetzen zur Schaffung von steuerlich begünstigten Freihandelszonen profitieren konnte, um einige seiner Projekte anzusiedeln. Als Narendra Modi 2014 für das Amt des Premierministers kandidierte, konnte er sich auf einen von der Adani Group zur Verfügung gestellten Jet verlassen, der ihn jeden Abend nach Hause brachte.

Gautam Adani sieht es nicht gerne, wenn man sich mit den Interessenbindungen zwischen ihm und seinem Premierminister beschäftigt. So wird jedenfalls seine Initiative im letzten August interpretiert, als er NDTV, einen der letzten regierungskritischen Fernsehsender in Indien, kontrollieren wollte. Fragen jedoch weicht er oft aus. «Man weiss schon lange, dass Adani Journalist*innen und Aktivist*innen einschüchtert und sie ohne zu zögern vor Gericht bringt», sagt Stephen Long, ein Enthüllungsjournalist beim australischen öffentlichen Fernsehsender ABC. In Gujarat zwang die örtliche Polizei im Jahr 2017 sein Reporterteam, die Region zu verlassen. Die Journalist*innen recherchierten über die Steuerhinterziehungspraktiken des Konzerns und hatten Fischer befragen wollen, die von einem Hafenterminal von Adani vertrieben worden waren.



gigant im Februar 2019, seine Kohleproduktion auf 150 Millionen Tonnen pro Jahr zu beschränken. Im Jahr 2021, das noch von der Pandemie geprägt war, produzierte er 103,3 Millionen. Seitdem hat Glencore ohne zu zögern die Anteile seiner Konkurrenten an der kolumbianischen Mine Cerrejón aufgekauft. Dies dürfte die eigene Kohleproduktion um weitere 14 Millionen Tonnen erhöhen.

Auf den rund 10 000 Hektaren, die Valeria auf dem Gebiet einnehmen wird, hat Glencore bereits gründlich aufgeräumt. Neun Familien wurden umgesiedelt und das Land, auf dem sich zwei staatliche Wälder befinden, ist fast vollständig eingezäunt. Nur noch ein Hubschrauberpilot lebt in einem kleinen Haus und wartet auf das Ende seines Pachtvertrags im Januar 2023.

In Capellas Zeitungskiosk, der auch als Informationszentrum dient, drückt die Besitzerin ihrer Kundschaft direkt eine von Glencore produzierte und mit Mai 2022 datierte Broschüre in die Hand, die den weiteren Ablauf der geplanten Arbeiten zusammenfasst. «Das Projekt läuft schon seit vielen Jahren, das kommt nicht überraschend», resümiert sie fatalistisch. «Wir haben viele Minen in der Umgebung, wir wissen also, worum es geht.»

Ein Farmer, der nicht namentlich genannt werden will, ist nicht erfreut darüber, dass er «im Staub von Glencore hockt». In Australien sorgen die Minen für leere Landstriche, denn seiner Meinung nach hat der Konzern keine besonders gute Bilanz in Bezug auf die Nachbarschaftsbeziehungen vorzuweisen. Sein Grundstück grenzt über mehrere Kilometer an die geplante Valeria-Mine. Und obwohl er überhaupt keine Lust hat, dieses Land zu verlassen, «das uns so viel gegeben hat und ein Teil von uns ist», wird er durch die vom Kohleabbau verursachte Umweltbelastung dazu gezwungen sein. «Die Menschen in der Schweiz müssen sich bewusst werden, wie stark der Bergbau unser Leben hier verändert», sagt er.

Auf dem Territorium der Aborigines

Auch Scott Franks wird das nicht bestreiten. Nachdem er sich gegen Glencores Pläne zur Ausweitung der Glendell-Mine auf dem Land seiner Wonnarua-Vorfahren gewehrt hatte, wurde der Aborigine (zusammen mit einem anderen Aktivisten) in einer ganzseitigen Anzeige des Zuger Konzerns in einem lokalen Medium mit Namen genannt, weil er «versucht hat, unser Projekt» und die gewerblichen Tätigkeiten auf einer Fläche von 156 Quadratkilometern im Hunter Valley in New South Wales zu stoppen. Es gehe um 3000 Arbeitsplätze. «Die Strategie ist, die

Bergbaugemeinschaft gegen die Aborigines, die Black Folks, aufzubringen. Bisher haben wir alle Minen unterstützt, aber uns bleiben lediglich noch 3 % unseres Landes», analysiert Scott Franks voller Bitterkeit.

Die geplante Ausweitung von Glendell würde die Gedenkstätte eines Massakers betreffen, das 1826 von der berittenen Polizei in einer Aborigines-Siedlung verübt worden war und 36 Tote gefordert hatte. Glencore will dazu eine Farm umsiedeln und behauptet in der Anzeige, dass das Massaker in Wirklichkeit 20 Kilometer entfernt stattgefunden habe. Zudem bestreitet der Konzern die Eigentumsrechte der beiden Opponenten sowie ihre Rolle als Vertreter des Volks der Wonnarua. Die Unabhängige Planungskommission (IPC) der Regierung von New South Wales sprach Glencore Ende Oktober 2022 das Recht auf Ausweitung der Glendell-Mine ab. Auf Anfrage erklärte der Bergbaukonzern, dass er darüber nachdenke, diese Entscheidung anzufechten, da das «Massaker von 1826 ausserhalb von Ravensworth stattgefunden hat» und «die heutige Farm erst danach gebaut wurde». In seiner Antwort erwähnt der multinationale Konzern auch seine Programme zur Wiederherstellung von Bergbauland sowie zur Unterstützung junger Aborigines. «Wir anerkennen die einzigartige Beziehung der indigenen Gemeinschaften zu ihrer Umwelt», versichert Glencore und spricht von Beziehungen, die auf gegenseitigem Vertrauen, Respekt und im Bestreben nach «beidseitigem Nutzen» beruhen. «Glencore verhandelt nur mit Gemeinden, die der Konzern kaufen kann», kritisiert hingegen Scott Franks.

Klage gegen Glencore wegen Greenwashings

Nachdem gegen den Konzern in den letzten Jahren wegen Korruption in den USA, Grossbritannien, Brasilien und der Schweiz eine Welle von Strafverfahren eingeleitet worden sind, scheint Glencore sich jedoch mehr um sein Image zu kümmern. Sowohl in der Schweiz als auch in Australien versucht der Kohleriese, sich als Hauptakteur der Energiewende zu profilieren, indem er seine Rolle beim Abbau von Kobalt und Kupfer betont, die für die Herstellung von Elektrobatterien unerlässlich sind.

In Australien hat dem Konzern seine Kampagne «Advancing Everyday Life» eine Anklage wegen «irreführenden oder täuschenden Verhaltens» bei der Behörde für Verbraucher- und Investorenschutz eingebracht. In der Schweiz hat die Koalition für Konzernverantwortung, zu der Public Eye gehört, Glencore zudem wegen Greenwashings im Zusammenhang mit der Plakatkampagne des Konzerns in öffentlichen Verkehrsmitteln und Bahnhöfen angeklagt. Dies beeindruckt den Zuger Multi jedoch keineswegs, denn er versichert, dass alle drei Klagen abgewiesen wurden, und es hält ihn auch nicht davon ab, neue Minen zu eröffnen – genauso wenig wie seinen Konkurrenten Adani.

← Weniger als 2 Kilometer von der Carmichael-Mine entfernt liegt das Camp Waddananggu (was in der Sprache Wiridi «Diskussion» heisst). Es ist seit August 2021 dauerhaft von Aborigine-Gemeinschaften und Umweltschützer*innen besetzt.



Widerstandskämpfer Coedie MacAvoy hat vor dem Camp mehrere Schilder aufgestellt, die vor unbefugtem Betreten warnen, da man sonst von der Stammesjustiz verurteilt werden könnte.

© Matthew Abbott/Panos

Aber im Camp in Waddananggu hat Coedie MacAvoy zweifellos ein ebenso dickes Fell wie sein Vater. Und sein Humor ist so trocken wie die Erde, wenn sie in die Motoren der Geländefahrzeuge eindringt. Am Eingang des Lagers hat er mehrere Schilder aufgestellt, die vor unbefugtem Betreten warnen, da man sonst von der Stammesjustiz verurteilt werden könnte: «Haben Sie mein Schild gesehen? Es sieht aus wie jedes andere Schild, und in einer Welt voller Schilder kann niemand mehr den Unterschied erkennen.» Im vergangenen Jahr organisierte er seine eigene «Tour of Carmichael», bei der über 100 Velofahrer*innen in dem für Adani abgesteckten Gebiet zusammenkamen. «Wir haben die moralische Stärke. Wir leben weiter, also werden wir gewinnen», versichert der 30-Jährige.

Coedie MacAvoy lebte bei der Lancierung des Bergbauprojekts in Brisbane, der Hauptstadt von Queensland. Er gibt offen zu: «Ich glaube nicht, dass meine Familie auf das Land, von dem mein Grossvater mit vorgehaltener Waffe vertrieben wurde, zurückgekehrt wäre, wenn es nicht um Adani gegangen wäre.» Wollte Coedie, der mit den Ideen und Reden seines Vaters aufgewachsen ist, sich nie gegen das Familienschicksal auflehnen und etwas anderes tun? Hat er nicht das Gefühl, einen endlosen Konflikt geerbt zu haben? «Ich habe nie gedacht, dass die Generation meines Vaters den Ausschlag geben

würde», antwortet er nur. «Dazu trägt sie noch zu viel Traumata und Wut in sich.»

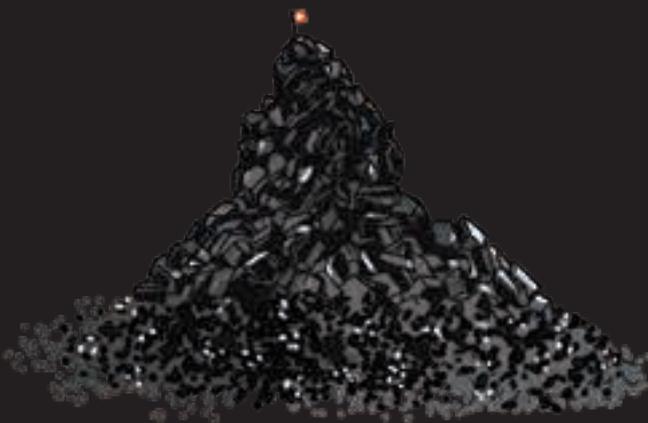
Am Horizont geht die Sonne über Carmichael unter. Die Staubwolke hat sich aufgelöst, und die Mine ist in Stille getaucht. Coedie MacAvoy nutzt die Gelegenheit, um eine Palme zu pflanzen, die – so hofft er – in einigen Jahren Früchte tragen wird. ■

*Anfang Dezember 2022, einige Zeit, nachdem wir dem Konzern unsere Fragen geschickt hatten, erklärte Glencore, das Valeria-Projekt herabgestuft zu haben; es sei aktuell «auf dem Prüfstand». In einer Medienmitteilung, die nur an ausgewählte Journalist*innen geschickt wurde, sprach der Konzern von «globaler Unsicherheit» und «dem Ziel, bis 2050 ein Unternehmen mit Netto-null-Gesamtemissionen zu sein». Weiter hätten bei der Entscheidung auch die von Queensland geplanten Erhöhungen der Kohleabgabe eine Rolle gespielt, die «das Vertrauen der Investoren beschädigen» würden. Mitte November hatte sich der Zuger Konzern in einer Medienmitteilung bereits «zutiefst besorgt» gezeigt über die von der australischen Regierung geplante Einführung einer möglichen Steuer auf «Superprofite» durch Kohleexporte.*



Online finden Sie die Reportage mit allen Quellen, auch zum Weiterleiten: publiceye.ch/australien

Für eine Welt ohne Kohle



Kohle ist eine Energie der Vergangenheit. Sie ist der klimaschädlichste Energieträger auf dem Planeten, und ihre schwerwiegenden negativen Folgen werden im Preis pro Tonne kaum berücksichtigt. Der Bau neuer Kohlekraftwerke droht die wirtschaftlich benachteiligten Länder langfristig in einen Teufelskreis zu treiben. Angesichts dieser Tatsache und der Massnahmen, durch die der Schweizer Finanzplatz CO₂-neutral werden soll, darf man sich nicht von den Bemühungen abbringen lassen, die Einfuhr und den Verbrauch fossiler Energieträger in der Schweiz zu reduzieren.

DIE KOHLEINDUSTRIE

- Muss den Abbau der umweltschädlichsten Kohlesorten wie Braunkohle sofort einstellen.
- Unternehmen, die in der Förderung und/oder im Handel von Kohle tätig sind, müssen glaubwürdige und von unabhängigen Akteuren überprüfbare Massnahmen vorlegen, die auf einen kompletten Kohleausstieg bis 2030 abzielen.

BUNDESRAT UND PARLAMENT

- Müssen Massnahmen ergreifen, um den Handel mit klimaschädlicher Kohle bis 2030 vollständig einzustellen.
- Bis dahin muss die Schweiz die indirekten CO₂-Emissionen, die von in der Schweiz ansässigen Kohlehändlern verursacht werden, in ihre Klimaziele und ihre Klimapolitik miteinbeziehen.
- Müssen gesetzliche Transparenzpflichten zur Offenlegung von Verträgen mit und Zahlungen an Regierungen für den Kohlehandel sowie den übrigen Rohstoffhandel festlegen. Die Rohstoffe müssen bis zu ihrem Ursprung zurückverfolgt werden können.
- Die Schweiz muss eine Aufsichtsbehörde für den Rohstoffsektor einrichten, die die Möglichkeit hat, Unternehmen bezüglich der Einhaltung des gesetzlichen Rahmens zu überwachen und bei Verstössen zu sanktionieren.

DIE FINANZWELT

- Muss die Kreditvergabe an Unternehmen in der Kohleindustrie einstellen, die keinen Plan für den Ausstieg aus dem Kohlegeschäft bis 2030 mit glaubwürdigen und von unabhängigen Akteuren überprüfbaren Massnahmen umgesetzt haben.
- Darf keine neuen Kohlekraftwerke finanzieren.
- Die Schweizerische Nationalbank darf nicht mehr in Unternehmen investieren, die Kohle produzieren oder mit Kohle handeln.
- Die Kantonalbanken müssen sich verpflichten, keine Gelder mehr an Unternehmen zu verleihen, die in der Kohleindustrie tätig sind, weder über Transaktionsfinanzierung noch über sogenannte Corporate Loans.

**Unterzeichnen Sie unsere Petition
für den Ausstieg der Schweiz aus
dem Handel mit Kohle:**
publiceye.ch/stopp-kohle



Standpunkt Oliver Classen



Public Eye

Oliver Classen ist seit über zehn Jahren Mediensprecher von Public Eye. Zudem schrieb er am Rohstoff-Buch der damaligen Erklärung von Bern mit und koordinierte viele Jahre die Public Eye Awards (2000–2015) als Gegenveranstaltung zum Weltwirtschaftsforum (WEF) in Davos. Vorher hat er für verschiedene Zeitungen gearbeitet, darunter die «Handelszeitung» und der «Tages-Anzeiger».

Den Blog «Standpunkte» können Sie auf unserer Website abonnieren: publiceye.ch/blog

Mick Jagger streckt Shein die Zunge raus

Ein Merchandising-Vertrag zwischen Shein und den Rolling Stones ist geplatzt, nachdem die legendäre Band von den üblen Arbeitsbedingungen beim Wegwerfmodekonzern in China erfahren hatte. Aufgedeckt wurden diese vor einem Jahr von Public Eye. Anschlussrecherchen britischer Leitmedien haben die Steine schliesslich ins Rollen gebracht. Die ethischen Standards von Jagger und Co. sollten dem in solchen Fragen bislang ignoranten Roger Federer zu denken geben.

«Oops! Wir haben leider kein passendes Produkt gefunden, bitte versuchen Sie es erneut.» Diese Auskunft bekommt, wer auf der Shein-Website «The Rolling Stones» sucht. Bis Ende November fand man so noch eine Kollektion mit Kleidungsstücken und Accessoires, die alle das ikonische Zungenmotiv der britischen Urrocker trugen. Ein T-Shirt kostete laut dem US-Wirtschaftsmagazin «Fortune» 5,39 US-Dollar, eine Handytasche 1,80 und eine Mütze 6 US-Dollar. Lanciert wurden diese 3 und 57 weitere Billigprodukte anlässlich des 60-Jahre-Jubiläums der Gruppe – und quasi über Nacht wieder entfernt aus dem globalen Onlineladen.

Der Grund: Das Londoner Newsportal «i» hatte das Stones-Management mit einer Dokumentation konfrontiert, die das Webmagazin gemeinsam mit Channel 4, dem RTL von Grossbritannien, recherchiert hatte. Darin berichteten sie über 18-Stunden-Tage und miese Löhne bei chinesischen Shein-Zulieferern. Diese Missstände hatte Public Eye bereits vor einem Jahr publik gemacht. Und dafür ein weltweites Medien-echo geerntet, inklusive prominenten Auftritts bei Channel 4. Vermeldet wurde die spektakuläre Kündigung des Lizenzvertrags zwischen Universal, dem Musiklabel und Exklusivvermarkter der Stones-Produkte, und Shein natürlich auch von «i». Und dann in Windeseile weltweit kolportiert (von der «Washington Times» bis zu «20 Minuten»). «The Rolling Stones show no sympathy for Shein» titelte etwa ein wichtiger Modebranchendienst, natürlich in Anspielung auf einen der grössten Hits der britischen Kultband.

Public Eye brachte die Steine ins Rollen

Kritisiert wurde aber nicht nur (einmal mehr) Shein für seine skandalösen Produktionsbedingungen, sondern auch das

Management und die Merchandising-Agentur der Stones. Und zwar, weil sie erst auf journalistische Aufforderung hin handelten, aber gemäss dem Londoner Onlinemagazin «bereits Monate vor Vertragsabschluss von den schwerwiegenden Vorwürfen einer Schweizer NGO bezüglich der Zustände in Sheins Lieferkette» hätten wissen können, ja müssen. Die berühmten Steine ins Rollen brachte also Public Eye, auch ganz offiziell.

King Roger liess jegliche Reaktion vermissen

Doch nicht alle Weltstars haben eine so lernfähige und reaktive Entourage. Als etwa Roger Federer vor über vier Jahren von Public Eye gebeten wurde, sich bei seinem japanischen Kleidersponsor Uniqlo für die Begleichung der umgerechnet 6 Millionen Franken einzusetzen, die der Konzern 2000 seinen indonesischen Arbeiter*innen an Lohnzahlungen schuldete, stellte sich Federers Management taub. Weder die über 10 000 Protestmails besorgter Fans noch Schlagzeilen wie «Näherinnen bluten für King Roger» veranlassten den Tennistopfgott oder seine Entourage damals zur geringsten Reaktion. So viel Gleichgültigkeit hätte dem sonst für seine Integrität weltweit geschätzten Basler niemand zugetraut.

Wieso handeln die Bad Boys des Rock 'n' Roll also ethischer als der Saubermann des Spitzensports? Hegt Federer wirklich mehr «sympathy for the fashion devil» als Jagger? Oder müsste der Frühpensionär einfach mal sein Management auswechseln? Der mit 30 Millionen US-Dollar im Jahr dotierte Werbevertrag mit Uniqlo läuft jedenfalls auch nach dem Abschied vom Tenniscourt bis 2028 weiter. Und die indonesischen Näher*innen warten immer noch auf die ihnen zustehende Entschädigung. Also Roger, just do it (wie dein Ex-Sponsor zu sagen pflegte)!



Keine Geheimdeals mit der Pharma!

Nicht weniger als 21630 Personen haben im letzten Herbst unseren offenen Brief an 40 Parlamentarier*innen unterzeichnet, die direkte Kontakte zu Krankenversicherern und/oder zur Pharmaindustrie haben. Darin wurden sie aufgefordert, sich für mehr Transparenz bei Medikamentenpreisen einzusetzen und Geheimdeals mit der Pharma zu verhindern.

PATRICK DURISCH

Als Reaktion auf die Explosion der Gesundheitskosten schlägt der Bundesrat im Rahmen der laufenden Revision des Krankenversicherungsgesetzes (KVG) vor, Preismodelle mit geheimen Rabatten mit Pharmakonzernen auszuhandeln und Zugangsbeschränkungen für alle entsprechenden Dokumente gesetzlich zu verankern. Die Öffentlichkeit, die am Ende die Rechnung bezahlt, soll nichts mehr wissen über die Geheimabsprachen. Die Pandemie hat erneut klar gezeigt, wie problematisch das aus demokratiepolitischer Sicht ist. Ein von Public Eye eingeholtes Rechtsgutachten zeigt zudem, dass diese Ausnahmeregelung für das Öffentlichkeitsprinzip systemwidrig ist und ein gefährlicher Präzedenzfall wäre (siehe Artikel im Public Eye Magazin vom Juni 2022).

Für die rasant steigenden Kosten im Gesundheitsbereich sind unter anderem hohe Medikamentenpreise

verantwortlich. Sie machen einen Viertel der Gesamtausgaben der Grundversicherung aus, davon entfällt der überwiegende Anteil (18,7% der Gesamtausgaben) auf patentierte Medikamente. Exorbitante Profitmargen von bis zu 90% des Verkaufspreises bei teuren Krebsmedikamenten lassen die Kosten weiter explodieren. Solche Profitmargen zeigen, dass diese Preise in keinem Verhältnis zu den Investitionen für Forschung und Entwicklung stehen, wie eine neue Studie von Public Eye zeigt (siehe Artikel im Public Eye Magazin vom September 2022).

Public Eye wird auch 2023 genau hinschauen

Um die steigenden Gesundheitskosten in den Griff zu bekommen, braucht es Transparenz. Das Parlament wird 2023 weiter über die Revision des KVG debattieren, und wir werden diese Diskussionen genau verfolgen. ■



Krieg und Krisen – und die Rohstoffhändler machen Rekordgewinne

Während Millionen von Menschen infolge der steigenden Nahrungsmittel- und Energiepreise von akuter Ernährungs- und Versorgungsunsicherheit bedroht sind, verbuchen die Rohstoffhändler historisch hohe Erträge. Die Marktverwerfungen aufgrund der Pandemie und der russischen Invasion in der Ukraine haben ihre Gewinne vervielfacht. Dadurch wächst auch der Sektor in der Schweiz, der nun mit einem Anteil von 8% am Bruttoinlandsprodukt bald so gross ist wie der Finanzplatz. Von einer wirksamen Regulierung dieses Hochrisikosektors oder einer gerechten Besteuerung der Krisengewinne ist die Schweiz weit entfernt.

SILVIE LANG UND MANUEL ABEBE, UNTER MITARBEIT VON DAVID MÜHLEMANN UND ADRIÀ BUDRY CARBÓ

Bis zu 95 Millionen Menschen sind gemäss der Weltbank 2022 aufgrund der Auswirkungen der Pandemie und des Kriegs in der Ukraine zusätzlich in die absolute Armut gerutscht. Gleichzeitig ist eine Abkehr von fossilen Energien aufgrund der aktuellen Versorgungsunsicherheit in weite Ferne gerückt. Eine kleine Gruppe von Unternehmen hingegen erweist sich in diesen Krisenzeiten nicht nur besonders resilient, sondern extrem profitabel: die Rohstoffhändler.

Die Händler von Erdöl, Gas, Kohle, Weizen oder Mais profitieren direkt von der steigenden Nachfrage, den höheren Preisen sowie den massiven Schwankungen auf den Rohstoffmärkten. Im Juni 2021 titelte «The Economist»: «Während die Lebensmittelpreise steigen, schöpfen die Agrarfirmen aus dem Vollen». Auch andere Medien wie die Agenturen Reuters und Bloomberg oder das «Wall Street Journal» überschlugen sich mit Berichten über den «Geldregen» der Rohstoffhändler während der Pandemie, bei extremen Wetterereignissen wie Dürren oder bei Engpässen aufgrund von Kriegen.

Das profitable Geschäft mit Nahrungsmitteln

Waren bereits die Coronajahre 2020 und 2021 für die meisten Händler überaus gewinnträchtig, setzten die verschwiegenen Unternehmen, die allesamt ihren Handel über die Schweiz abwickeln, im ersten Halbjahr 2022 noch einen drauf und erzielten Rekordzahlen. Der weltgrösste Agrarhändler Cargill, mit globalem Handels- und Frachtgeschäft in Genf, vergrösserte seinen Gewinn im Geschäftsjahr (von Juni 2021 bis Mai 2022) gegenüber dem Durchschnitt vor der Coronakrise um 141%. Der

Nachrichtendienst Bloomberg, der den Rekordgewinn von knapp 6,7 Milliarden US-Dollar publik machte, da Cargill dies just seit 2020 nicht mehr tut, erhielt vom Händler dazu keine Stellungnahme.

Auch die anderen grossen Agrarhändler wiesen in den Krisenjahren Rekordgewinne aus. So bezeichnete etwa Archer Daniels Midland (ADM), der die hinter dem US-Hauptsitz umsatzmässig zweitgrösste Handelsabteilung des Konzerns in Rolle VD betreibt, das Jahr 2021 als «Wendepunkt» mit dem «höchsten Gewinn in der fast 120-jährigen Geschichte».

Aufgrund unterschiedlicher Geschäftsentwicklungen kann es bei den Händlern zwar zu starken Gewinnchwankungen kommen. Bunge etwa verzeichnete 2019 einen Verlust von 1,3 Milliarden US-Dollar. Mit einem Gewinn von über 2 Milliarden im Jahr 2021 machte der Händler dies längst wieder wett. Seit 2021 zeigt sich bei den Händlern denn auch ein einheitlicher Aufwärtstrend, der durch die Geschäftszahlen des ersten Halbjahres 2022 bestätigt wurde. ADM etwa konnte seinen Gewinn erneut steigern und kam mit knapp 2,3 Milliarden US-Dollar schon in den ersten sechs Monaten auf beinahe so viel wie im Gesamtjahr 2021.

Auch für die Louis Dreyfus Company (LDC) mit operativem Hauptsitz in Genf lief das erste Halbjahr blendend: Im Vergleich zur Vorjahresperiode konnte LDC den Gewinn beinahe verdoppeln. Im Halbjahresbericht 2022 wird deutlich, dass LDC und die Konkurrenz nicht trotz, sondern gerade wegen der Krisenzeiten florieren: «Starke Leistung in einem Umfeld, das von globaler Marktunsicherheit und Unterbrechungen der Versorgungskette

Gewinn und Gewinnsteigerung 2020 und 2021 der fünf grössten Agrarhändler
in Mrd. US-Dollar



¹ Ø = Durchschnitt.

² Cargill arbeitet mit einem Finanzjahr von Juni bis Mai.

Der durchschnittliche Gewinn entspricht hier dem aus den Finanzjahren 2016 bis 2020.

³ Dies entspricht dem Gewinn aus dem Finanzjahr Juni 2020 bis Mai 2021.

⁴ Dies entspricht dem Gewinn aus dem Finanzjahr Juni 2021 bis Mai 2022.

geprägt war [...] sowie von Befürchtungen eines erneuten Anstiegs von Covid-19, vor allem in China, verstärkt durch die Russland-Ukraine-Krise im ersten Halbjahr 2022.»

Erdöl, Gas und Kohle schenken ein

Auch der Handel mit Öl, Gas und Kohle floriert, gerade in Zeiten von Engpässen in der Logistik, Sanktionen und Bemühungen hin zu einem Ausstieg aus den fossilen Energien. Der umsatzstärkste Händler Vitol steigerte 2022 seinen eigenen Rekordgewinn von 4,2 Milliarden US-Dollar aus dem Jahr 2021 gemäss Reuters – offizielle Halbjahreszahlen legt der Handelsriese nicht vor – bereits in den ersten sechs Monaten auf 4,5 Milliarden.

Trafigura, ebenfalls mit globaler Handelsabteilung in Genf, konnte 2021 gar mit einer Gewinnsteigerung von 230 % gegenüber dem Durchschnitt vor Ausbruch der Pandemie aufwarten. CEO Jeremy Weir wertet dies als firmeneigenen Erfolg und sagt, Trafigura habe «einmal mehr die extreme Marktvolatilität in einem breiten Spektrum von Rohstoffen gekonnt gemeistert und unabhängig von den Marktbedingungen aussergewöhnlich gut abgeschnitten». Wie profitabel die Händler in Krisenzeiten wirtschaften, beweist Trafigura mit seinem Gewinn im Finanzjahr 2022 (Oktober 2021 bis September 2022) erneut. Mit 7 Milliarden US-Dollar hat der Konzern seinen Rekordgewinn von 2021 nochmals mehr als verdoppelt.

Die in Genf beheimatete Mercuria erzielte 2021 gemäss Bloomberg ebenfalls das beste Resultat der Firmengeschichte. Während auch Mercuria keine Halbjahreszahlen veröffentlicht, berichtete der an der mondänen Rue du Rhône nur wenige Hundert Meter von

Mercuria entfernt domizilierte Konzern Gunvor im ersten Halbjahr 2022 von einer Vervierfachung des Gewinns gegenüber den ersten sechs Monaten 2021.

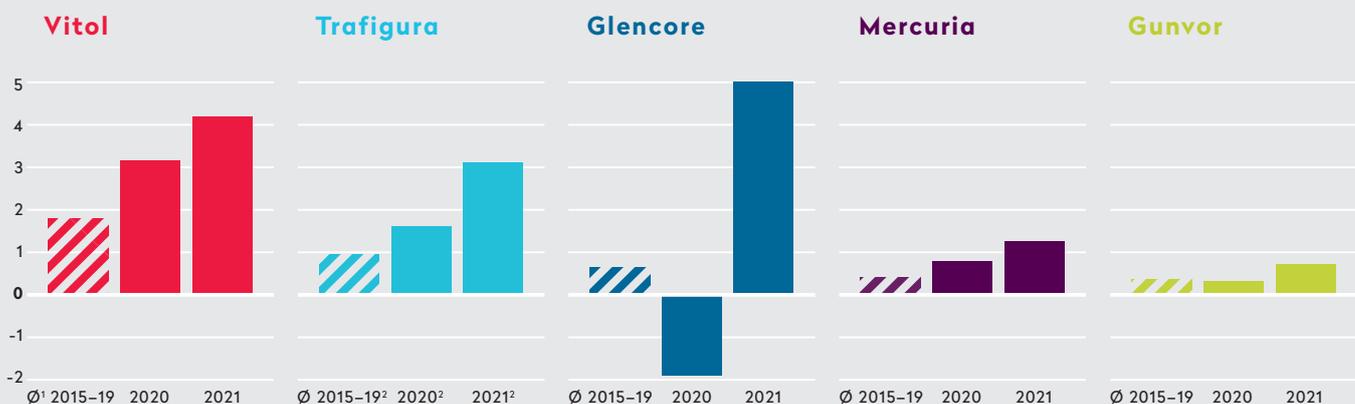
Der grösste Krisenprofiteur

Ein Rohstoffkonzern liess mit seiner Gewinnsteigerung jedoch alle hinter sich: Glencore. Laut der «Financial Times» ist der Zuger Konzern «einer der grössten Gewinner des durch den Krieg in der Ukraine ausgelösten Tumults auf den Rohstoffmärkten». Hatte Glencore 2015 sowie auch 2020 massive Verluste geschrieben, die vor allem in der Förderung von Rohstoffen anfielen, erzielte der Konzern 2021 wieder knapp 5 Milliarden US-Dollar Gewinn. Dies entspricht einer Steigerung von satten 661 % gegenüber dem Durchschnitt vor der Pandemie.

Falls es noch eines Beweises bedürfte, dass sich weder globale Gesundheits- und Versorgungskrisen noch Kriege und Sanktionen negativ auf den Rohstoffhandel auswirken, liefert ihn ebenfalls Glencore: Mit einer Gewinnsteigerung von 846 % auf 12 Milliarden US-Dollar im ersten Halbjahr 2022 im Vergleich zur Vorjahresperiode stellt der Konzern die gesamte Konkurrenz in den Schatten.

Für diesen Rekord mitverantwortlich: der Klimakiller Kohle. Der Anteil des Kohlegeschäfts am Gewinn ist nicht bekannt, am bereinigten Gruppenergebnis (EBITDA; Ergebnis vor Zinsen, Steuern und Abschreibungen) lag der Kohleanteil im ersten Halbjahr 2022 bei knapp 50 %. Dies entspricht fast einer Verzehnfachung der Einnahmen aus dem Kohlegeschäft im Gegensatz zur Vorjahresperiode. Kein Wunder liess sich Glencore-Finanzchef Steven Kalmin zur Aussage hinreissen, der

Gewinn und Gewinnsteigerung 2020 und 2021 der fünf grössten Händler von fossilen Energierohstoffen in Mrd. US-Dollar



¹ Ø = Durchschnitt.

² Trafigura arbeitet mit einem Finanzjahr von Oktober bis September.

Rohstoff Kohle hätte «seinen grossen Tag». Ein Comeback des Klimakillers, an dem die Rohstoffdrehscheibe Schweiz massgeblich beteiligt ist. Gemäss Recherchen von Public Eye werden 40 % des globalen Handels mit Kohle über die Schweiz abgewickelt.

Die Rohstoffmilliardär*innen

Doch wer profitiert eigentlich von dieser gigantischen Geldflut? Die Verschwiegenheit der Händler ist integraler Bestandteil des Geschäftsmodells. Besitzverhältnisse sind genauso ein gut gehütetes Geheimnis wie allfällige Verbindungen zu Oligarchen, die wenn überhaupt oft erst durch aufwendige Recherchen aufgedeckt werden. Dennoch ist klar: Richtig absahnen tun einige Wenige.

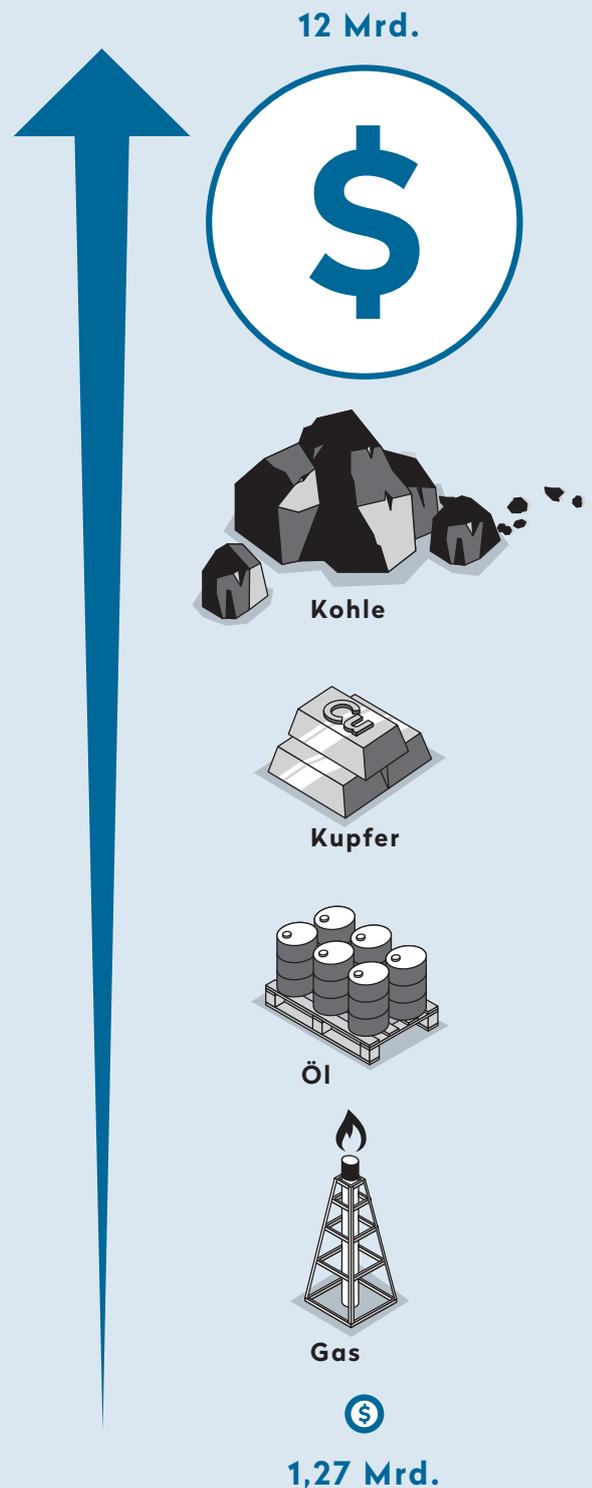
Im Fall von Glencore bescherte der Anstieg der Aktie dem Ex-CEO Ivan Glasenberg als zweitgrösstem Aktionär nach dem Staatsfonds von Katar einen satten Vermögenszuwachs. Gemäss dem Wirtschaftsmagazin «Bilanz» soll der Wert seiner Anteile zwischen Januar und August 2022 um 1,6 Milliarden Franken auf 6,7 Milliarden gestiegen sein. Mit einem Gesamtvermögen von 7,5 Milliarden Franken erscheint Glasenberg auch auf der «Bilanz»-Liste der 300 Reichsten der Schweiz vom November 2022. Gunvor hingegen ist zu 87 % im Privatbesitz des Schweden Torbjörn Törnqvist, dessen Vermögen sich laut Bloomberg seit Anfang 2021 beinahe verdoppelt hat. Mit etwas mehr als 3 Milliarden Franken schafft auch er es unter die 300 Reichsten. Bei Mercuria profitieren vor allem das Topmanagement und die Firmengründer Marco Dunand und Daniel Jaeggi. Das gemeinsame Vermögen der beiden schätzt die «Bilanz» auf 2,2 Milliarden, was sie neuerdings zu Schweizer Handelsmilliardären macht. Mit 475 Millionen Franken Vermögen befindet sich auch Trafigura-CEO Jeremy Weir in den Top 300.

Ebenfalls zum Klub der Superreichen gehört die Familie um Margarita Louis-Dreyfus, Vorsitzende des Aufsichtsrats von LDC, mit 3,2 Milliarden Franken Vermögen. Im Vergleich zur erweiterten Familie von William Wallace Cargill, des Gründers der privat gehaltenen Cargill, ist dies allerdings beinahe ein Klacks: Sie kratzt mit ihrem Vermögen an den Top 10 der reichsten Familien weltweit. Gemäss der NGO Oxfam soll ihr Vermögen seit 2020 um 20 Millionen US-Dollar gewachsen sein – pro Tag. Kein Wunder nennt Bloomberg den Rohstoffhändler eine der «lukrativsten Geldmaschinen der US-Wirtschaft». Das profitable Geschäftsjahr von Juni 2021 bis Mai 2022 katapultierte denn auch drei weitere Nachkommen der Gründerväter auf die Bloomberg-Liste der 500 Reichsten der Welt. Damit zählt die Familie nun acht Rohstoffmilliardär*innen.

Etwas zynisch mutet dieser Reichtum schon an für einen Konzern, der sich rühmt, für die Ernährung der Welt zuständig zu sein. Mit dem Gewinn von knapp 6,7 Milliarden US-Dollar könnte Cargill immer-

Glencores gewaltiger Gewinnsprung

Im ersten Halbjahr 2022 hat der Rohstoffkonzern seinen Gewinn um beinahe unglaubliche 846 % auf 12 Milliarden US-Dollar gesteigert.





Frachter entladen Kraftwerkskohle im Hafen von Lianyungang in der chinesischen Provinz Jiangsu.

© CFOTO/Future Publishing via Getty Images

hin das 5,2 Milliarden US-Dollar schwere Budgetloch des Welternährungsprogramms im Alleingang stopfen. An die chronisch unterfinanzierte UNO-Organisation spendete Cargill in diesem Jahr mit 10 Millionen US-Dollar gerade mal 0,1% seines Gewinns.

Krisenresistentes Geschäftsmodell

Doch was macht die verschwiegene Rohstoffhändler derart profitabel? Ein Hauptgrund für ihre epochalen Krisengewinne liegt in ihrem Geschäftsmodell. Die ehemaligen Transportunternehmen, die bloss Rohstoffe von A nach B verschifften, haben ihre Aktivitäten längst ausgedehnt. Einige sind in den Anbau vorgezogen und kontrollieren Plantagen. Andere betreiben Minen, Raffinerien oder Tankstellennetze. Praktisch alle bieten zudem eine breite Palette von Logistikdienstleistungen an. So betreiben die fünf grössten Agrarhändler knapp 1300 Schiffe, wovon 650 allein Cargill vom Genfer Sitz aus steuert. Auch die Händler von Öl, Gas und Kohle sind längst in der Hochseeschifffahrt tätig. Die fünf grössten kommen zusammen auf mindestens 1300 Schiffe. Trafigura allein betreibt eine Flotte von über 900. Ein Tochterunternehmen von Gunvor gibt an, «einer der grössten Tankschiff-Charterer weltweit» zu sein, und auch Mercuria, Vitol und Glencore mischen über Subunternehmen in der Schifffahrt mit.

Ihr globales Logistiknetzwerk, ihr breites Portfolio und ihre zentrale Stellung zwischen Rohstoffangebot und Rohstoffnachfrage, gepaart mit ihrem Zugang zu Finanzierungsmöglichkeiten, machen die Händler krisenresistent. Wirklich profitabel macht sie jedoch ihr exklusiver Zugang zu Marktinformationen. Sie antizipieren

die teilweise extremen Schwankungen auf den Rohstoffmärkten, um daraus möglichst viel Gewinn zu schlagen.

Nach der russischen Invasion war schnell klar, dass dies drastische Auswirkungen auf die Energie- und Rohstoffversorgung insbesondere von Europa haben würde. Während der Preis für die russische Erdölsorte Urals bei Kriegsbeginn stark einbrach, stieg er für anderes Rohöl massiv an. Spätestens seit dem EU-Beschluss, Kohle und Öl aus Russland zu sanktionieren sowie die Abhängigkeit von russischem Erdgas zu verringern, steigen auch die Preise auf dem Erdgasmarkt. Von hohen Preisen sowie der Volatilität der Preise profitieren Rohstofffirmen immer, und dies umso mehr, je massiver die Schwankungen. Vor dem Hintergrund des politischen Versagens bei der Energiekrise schiessen die Gewinne der Händler nur so in die Höhe.

Ähnliches spielte sich auf den Agrarmärkten ab. Die Preise für Getreide sowie Ölsaaten wie Soja waren zuerst während der Coronakrise und dann mit der russischen Invasion angestiegen und erreichten zwischenzeitlich nie dagewesene Höchstwerte. Die «Washington Post» stellte im Mai 2022 fest, dass Preisvolatilität schlecht sei für diejenigen, die essen müssen – aber gut für Investor*innen, Spekulant*innen und Händler. Mittlerweile haben sich die Märkte zwar wieder etwas beruhigt, auch wegen dem von der UNO verhandelten Getreideabkommen zwischen der Ukraine und Russland. Gewisse Schwankungen und damit Unsicherheiten sind aber geblieben.

Die umsatzstärksten Unternehmen der Schweiz

Der russische Krieg in der Ukraine hat zwar den Handel mit Öl, Gas und Kohle ins Rampenlicht gezerrt. Dennoch sind die Rohstoffhändler der breiten Bevölkerung grös-

Top 10 der umsatzstärksten Unternehmen in der Schweiz 2021

	Konzern	Umsatz 2021 in Mrd. USD	Branche: Hauptprodukte	Hauptsitz	Aktivitäten in der Schweiz
1	Vitol	279	Rohstoffhandel: Erdöl, Erdölprodukte, Gas, Kohle	Genf und Rotterdam	Globale Handelsabteilung in Genf
2	Trafigura	231	Rohstoffhandel: Erdöl, Erdölprodukte, Gas, Metalle, Mineralien, Kohle	Genf und Singapur	Globale Handelsabteilung in Genf
3	Glencore	203	Rohstoffhandel: Erdöl, Erdölprodukte, Gas, Metalle, Mineralien, Kohle	Baar ZG	Hauptsitz
4	Cargill	165 ¹	Rohstoffhandel: Getreide, Soja, Kakao, Zucker, Baumwolle, Fleisch	Minneapolis, USA	Globale Handelsabteilung für Getreide und Ölsaaten sowie Fracht und Schifffahrt in Genf
5	Gunvor	135	Rohstoffhandel: Erdöl, Erdölprodukte, Gas	Genf	Hauptsitz
6	Mercuria	130	Rohstoffhandel: Erdöl, Erdölprodukte, Gas	Genf	Hauptsitz
7	Cofco	103	Rohstoffhandel: Getreide, Soja, Zucker, Kaffee, Baumwolle	Peking, China	Globale Handelsabteilung in Genf
8	Nestlé	95 ²	Lebensmittel und Getränke	Vevey VD	Hauptsitz
9	ADM	85	Rohstoffhandel: Getreide, Soja	Chicago, USA	Handels- und EMEA ³ -Hauptsitz in Rolle VD
10	Roche	67 ⁴	Pharmazeutika und Diagnostik	Basel	Hauptsitz

Eigene Darstellung. Analog zur Liste der «Handelszeitung» wird auch hier der Umsatz der gesamten Unternehmensgruppe der Schweizer Niederlassung angerechnet.

¹ Cargill arbeitet mit einem Finanzjahr von Juni bis Mai. Der Umsatz 2021 entspricht hier dem Umsatz aus dem Finanzjahr von Juni 2021 bis Mai 2022.

² 87,1 Milliarden Franken, umgerechnet gemäss Kurs vom 31. Dezember 2021.

³ Europa, Mittlerer Osten, Afrika, Indien.

⁴ 62 Milliarden Franken, umgerechnet gemäss Kurs vom 31. Dezember 2021.

Quellen: Öffentlich einsehbare Jahresberichte der Unternehmen.

tenteils unbekannt. Dabei führen sie die Liste der umsatzstärksten Unternehmen in der Schweiz der «Handelszeitung» schon seit vielen Jahren an. Im Geschäftsjahr 2021 schafften es sechs Rohstoffhändler in die Top 10, einige wichtige fehlten hingegen.

Auch jene Händler ohne Schweizer Hauptsitz wickeln hierzulande grosse Teile ihres Geschäfts ab und müssen deshalb als Schweizer Händler betrachtet werden. Das sieht auch die Bundesverwaltung in ihrem «Leitfaden zur Umsetzung der UNO-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte durch den Rohstoffhandelssektor» so. Eine gemäss diesem Verständnis korrigierte Liste macht die Dominanz des Sektors hierzulande noch deutlicher: Acht der zehn umsatzstärksten Unternehmen in der Schweiz waren 2021 Rohstoffhändler.

Die Dominanz wird noch augenscheinlicher, wenn man bedenkt, dass die insgesamt knapp 950 Rohstoffhandelsfirmen in der Schweiz, wovon knapp ein Viertel Briefkastenfirmen sind, nur 0,1% der insgesamt

600 000 Unternehmen ausmachen. Eine kleine Branche aus ebenso umsatzstarken wie profitablen Unternehmen steht an der Spitze der Schweizer Wirtschaft. An dieser Dominanz dürfte sich angesichts der im Krisenjahr 2022 erwarteten Geschäftszahlen nichts ändern.

Rohstoffdrehzscheibe von globaler Bedeutung

Trotz der Vorherrschaft dieses Sektors gibt es kaum offizielle Zahlen über den Schweizer Rohstoffplatz. Ein wesentlicher Grund dafür ist der Transithandel: Unternehmen in der Schweiz organisieren zwar global den physischen Handel mit Rohstoffen, diese werden aber weder in die Schweiz importiert noch aus der Schweiz exportiert und erscheinen deshalb in keiner Zollstatistik. Ein Register für Transithandelstransaktionen existiert nicht.

Hinzu kommt, dass weder die Konzerne noch Bundesrat oder Parlament bis anhin willens waren, belastbare Zahlen etwa zum Anteil der Schweiz am globalen Handel mit Rohstoffen zu liefern. Im Rohstoffbericht

2018 musste sich der Bundesrat auf Schätzungen aus einer vom Bund mitfinanzierten Studie stützen. Zuvor hatte er die Zahlen der Branchenvereinigung, der Swiss Trading and Shipping Association (STSA), verwendet. Die Methodik hinter den Branchenzahlen ist allerdings bis heute unklar. Diese sind deshalb nicht verlässlich, was die STSA auf Anfrage von Public Eye zugibt.

Aufgrund dieser politisch gewollten Intransparenz hat Public Eye eigene Schätzungen des über Schweizer Händler abgewickelten Anteils vorgenommen. Und eines ist sicher: Die Schweiz ist und bleibt die bedeutendste Rohstoffdrehscheibe weltweit, denn mindestens die Hälfte des weltweit gehandelten Getreides läuft über die

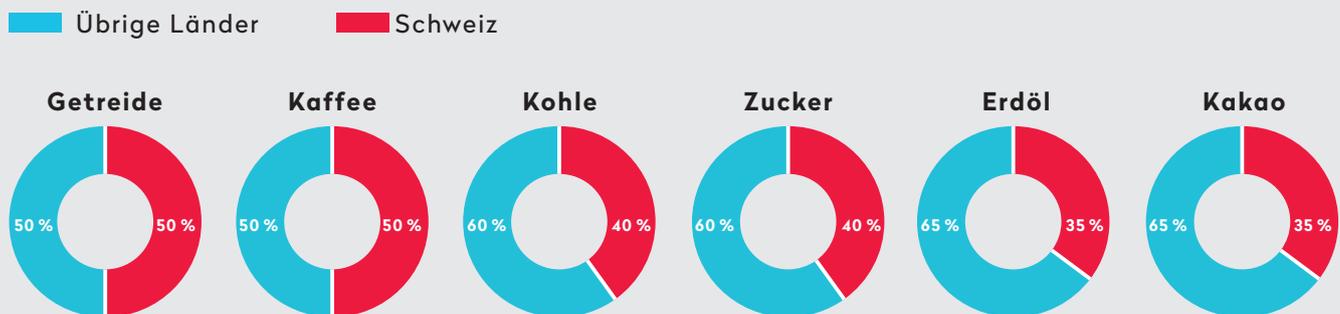
hier ansässigen Händler, genauso wie 40% der Kohle sowie jedes dritte Fass Erdöl.

Auch der Bundesrat wird trotz mangelhafter Datenglage nicht müde, zu betonen, der Rohstoffsektor sei ein bedeutender Wirtschaftszweig. Gemessen an den vom Bundesamt für Statistik geschätzten knapp 950 Unternehmen ist dies allerdings nicht erklärbar, genauso wenig wie mittels der ebenfalls geschätzten knapp 10 000 Angestellten.

Rohstoffsektor doppelt so gross wie angenommen

Eine mögliche Richtgrösse für die effektive Relevanz des Sektors für die Schweiz ist die Wertschöpfung aus dem Transithandel, welche die Schweizerische Nationalbank

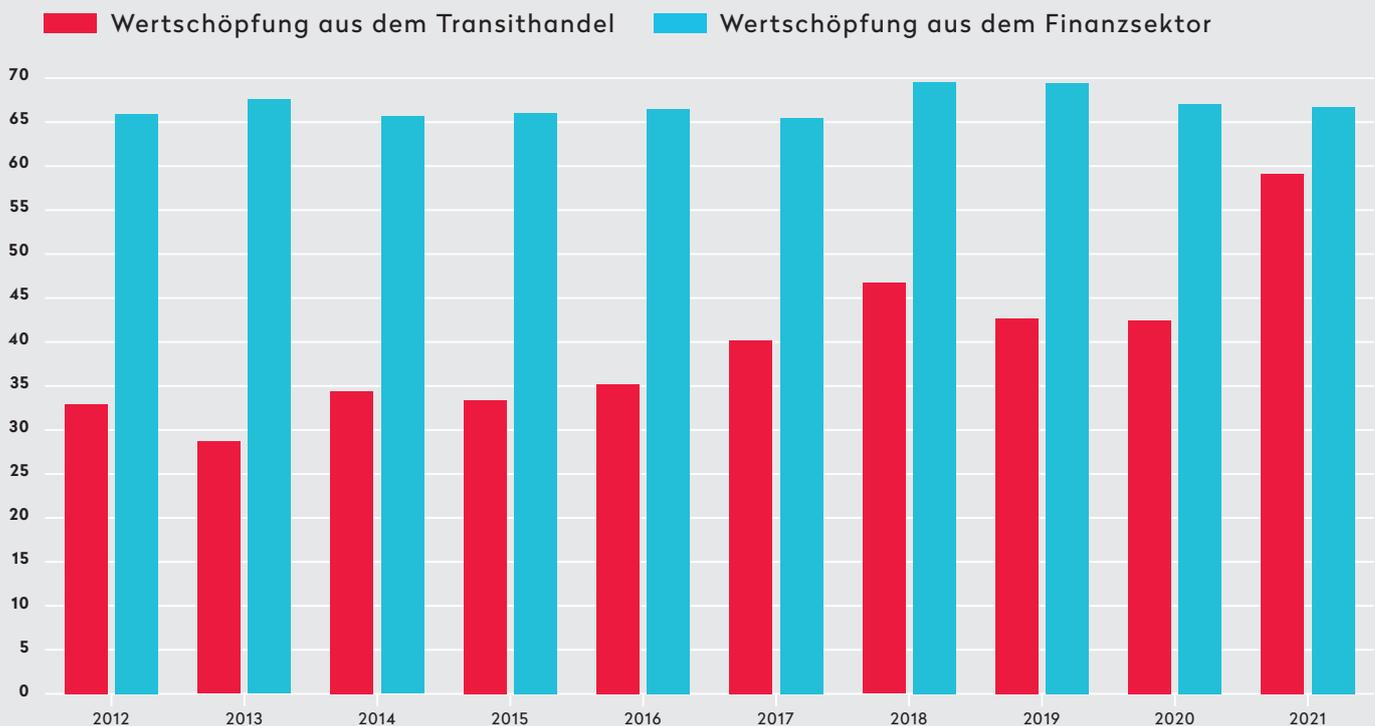
Anteil der Schweiz am globalen Handel mit Rohstoffen



Quelle: Eigene Schätzungen Public Eye.

Wertschöpfung aus dem Transithandel im Vergleich zu derjenigen aus dem Finanzsektor

2012–2021 | in Mrd. US-Dollar



Quellen: Bundesamt für Statistik, Schweizerische Nationalbank.

(SNB) erhebt. Da der Transithandel grossmehrheitlich aus Rohstoffhandel besteht, lässt sich diese Zahl als Näherungswert für den Sektor verwenden. Dies tat auch der Bundesrat in seinem Rohstoffbericht 2018. Die Wertschöpfung aus dem Transithandel belief sich 2017 auf 25 Milliarden Franken, was einem Anteil von 3,8 % am Bruttoinlandsprodukt (BIP) und damit etwa der Grösse des Schweizer Detailhandels entsprach. Auf diese «rund 3,8 Prozent» am BIP verweisen noch heute Bundesverwaltung, Medien wie auch die Branche.

Diese Zahl ist allerdings längst überholt. 2019 revidierte die SNB ihre Daten und wies für 2017 eine Wertschöpfung aus dem Transithandel von über 40 Milliarden Franken aus, was rund 5,8 % des BIP entsprach. Der Rohstoffsektor war schon damals deutlich grösser als angenommen. Das gilt heute mehr denn je: 2021 belief sich die Wertschöpfung auf 58,5 Milliarden Franken, was mit einem BIP-Anteil von 8 % mehr als dem Doppelten der vom Bund verwendeten Zahl entspricht.

Auch der Vergleich mit anderen Branchen macht die Relevanz des Sektors für die Schweizer Volkswirtschaft deutlich. Der BIP-Anteil des Transithandels ist seit mindestens 2012 – weiter gehen die revidierten Zahlen der SNB nicht zurück – grösser als jener von Chemie- und Pharmaindustrie zusammen. Seit 2016 übertrifft der Transithandel auch die Baubranche.

Der Transithandel und damit der Rohstoffsektor ist heute beinahe gleich gewichtig wie der gesamte Finanzplatz.

Im privaten Dienstleistungssektor ist nur der Finanzplatz noch grösser als der Transit- und damit Rohstoffhandel. Dessen Wertschöpfung ist in den letzten zehn Jahren aber etwa gleich geblieben, während der Transithandel massiv zugelegt hat.

Im Jahr 2021 erwirtschafteten die Finanz- und Versicherungsdienstleister, inklusive der Banken, in der Schweiz mit 66,7 Milliarden Franken nur noch unwesentlich mehr als der Transithandel. Der Finanzplatz kommt damit auf einen BIP-Anteil von 9,1 %. Der Transithandel und damit der Rohstoffsektor ist heute also beinahe gleich gewichtig wie der gesamte Finanzplatz.

Schweizer Regulierungslücken

Eine weitere Gemeinsamkeit: die damit verbundenen Risiken. Seit Jahren macht Public Eye Fälle von Korruption oder Geldwäscherei, Menschenrechtsverletzungen, ominöse Steuerdeals, den Beitrag des Sektors an die Klimakrise oder die Schwierigkeiten bei der Durchsetzung von Sanktionen im Zusammenhang mit dem Rohstoffsektor publik. Angesicht dieser Missstände und der wachsenden

volkswirtschaftlichen Relevanz des Sektors erstaunt es, dass weder die Schweizer Regierung noch das Parlament ernstzunehmende Bemühungen an den Tag legen, um diese Branche angemessen zu regulieren.

Dies umso mehr, als dass es für den ebenso risikoreichen Finanzplatz seit 2007 eine Finanzmarktaufsicht (Finma) gibt. Diese prüft die Einhaltung der sektoriellen Regulierungen, einschliesslich der Bestimmungen zur Geldwäschereibekämpfung. Eine solche Gesetzesgrundlage fehlt im Rohstoffsektor genauso wie eine Aufsichtsbehörde. Die viel zitierte «indirekte Aufsicht» der Banken über die Rohstoffhändler, die der Bundesrat des Öfteren als Kernargument gegen jegliche Rohstoffmarktregulierung anfügt, verfährt zudem nicht. Sie ist ungenügend bis inexistent.

Steuergeschenke und Schlupflöcher

Auch das Schweizer Steuerregime bietet einige Lücken und ist kein ausreichendes Korrektiv, um beispielsweise den durch die Rohstoffhändler erwirtschafteten Gewinn angemessen umzuverteilen. Im Gegenteil, die Schweiz setzt weiterhin auf Tiefsteuerpolitik und ominöse Steuergeschenke. Bereits 1956 motivierten massgeschneiderte Steuervergünstigungen den Konzern Cargill dazu, seinen europäischen Hauptsitz in Genf anzusiedeln. Mehr als 60 Jahre später zeigte Anfang 2022 die geleakte Korrespondenz zwischen dem Agrarhandelskonzern ADM und den Behörden des Kantons Waadt, dass solche Steuerprivilegien für ausländische Firmen nach wie vor üblich sind. Und dies, obwohl die Schweiz auf Druck der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) im Rahmen ihrer Steuerreform und AHV-Finanzierung (STAF) diverse Steuerprivilegien abgeschafft hat.

Auch aktuelle internationale Entwicklungen scheinen wenig Anlass zur Hoffnung zu geben. Die von der OECD und der G20 vorgeschlagene Reform, die eine fairere Verteilung der Steuereinnahmen von Konzernen unter den Staaten gewährleisten soll, ist zwar noch nicht abgeschlossen. Die bereits veröffentlichten Eckwerte bieten jedoch jede Menge Schlupflöcher. So sind von Säule 1, die eine Besteuerung der Gewinne in den Absatzmärkten anstatt den Sitzstaaten vorsieht, Rohstoffhändler ausgenommen. Von der Säule 2, die einen Mindeststeuersatz von 15 % für gewisse internationale Unternehmen vorsieht, sind Erträge aus der Schifffahrt ausgenommen.

Ob die Reform tatsächlich in dieser Form zustande kommt, ist unklar. Aber selbst wenn, würde dies das Steuerdumping im Rohstoffsektor nicht unterbinden. Auch die überfällige Umverteilung träte nicht ein, denn Konzerngewinne könnten weiterhin in Sitzstaaten wie die Schweiz verschoben werden. Den rohstoffreichen Ländern des Globalen Südens kommt dies nicht zugute.



Cofco International, der globale Handelsarm des staatlichen chinesischen Lebensmittelriesen Cofco, hat den Sitz in Genf. Das Foto zeigt eine Cofco-Anlage bei Sorriso im brasilianischen Bundesstaat Mato Grosso.

© Carl de Souza/AFP

Deshalb formiert sich Widerstand: An der UNO-Generalversammlung im November 2022 wurde eine Resolution der Afrikagruppe einstimmig angenommen, welche die Ausarbeitung eines internationalen Steuerabkommens fordert. Gemäss der Global Alliance for Tax Justice ist dies ein wichtiger Schritt hin zu einem «inkluisiven, demokratischen und transparenten Prozess zur Reform der globalen Steuerarchitektur». Auch die Schweiz stimmte zu, wenn auch mit einigen Vorbehalten.

Die Tonnagesteuer

Bis es so weit ist, wird die Schweiz wohl keine Bemühungen scheuen, die Rohstoffbranche mit Steuer geschenken zu umwerben. Bereits im Rohstoffbericht 2018 hatte der Bundesrat die Einführung einer Sondersteuer für Schifffahrtsunternehmen angekündigt. Diese sollen nicht mehr der Unternehmensgewinnsteuer unterliegen, sondern anhand der Ladekapazität ihrer Schiffe, der Tonnage, besteuert werden. Vordergründig geht es um die Stärkung der Hochseeschifffahrt beziehungsweise den Reedereistandort Schweiz. Der Bundesrat geht von circa 60 betroffenen Unternehmen mit rund 900 Schiffen aus und verweist dabei auf den Branchenverband STSA. Die Zahl der aus der Schweiz betriebenen Schiffe dürfte jedoch deutlich höher sein. Die grössten Rohstoffhändler steuern über 2600 Schiffe, einen Grossteil davon aus der Schweiz, und übertreffen damit die Schifffahrtsgesellschaften bei Weitem.

Wie auch der Bundesrat weiss, könnten Rohstoffhändler konzernintern Gewinne auf tonnagebesteuerte Schiffe verschieben und so die gewinnabhängige Unternehmenssteuer umgehen. Dies bestätigten Branchen-

insider gegenüber dem «Sonntagsblick»: «Die Tonnage-Tax ist eine der einfachsten Möglichkeiten, die Steuerlast zu verringern.» Laut deren Einschätzung würden die Händler den Ausbau ihrer Transportaktivitäten weiter vorantreiben: «Für Handelskonzerne mit grossen eigenen Flotten könnten sich erhebliche Steuerersparnisse ergeben, da sie ihre eigenen Verträge so umschichten werden, dass die Gewinne in den Schiffsbetrieb fließen.»

Die Tonnagesteuer stellt deshalb eine eklatante Privilegierung der Rohstoffbranche dar. Dies obwohl der Bundesrat stets betont: «Die Schweiz betreibt in der Regel keine spezifisch auf einzelne Sektoren ausgerichtete Wirtschaftspolitik.» Dies scheint jedoch nur zu gelten, wenn es darum geht, bestimmte Branchen in die Schranken zu weisen, nicht jedoch, wenn es darum geht, sie zu begünstigen.

Steuerprivilegien statt Übergewinnsteuer

Bundesrat und Parlament wollen also ausgerechnet diejenigen Unternehmen, die in den Krisenjahren seit 2020 enorme Gewinne erzielt haben, mit Steuer geschenken überhäufen. Dabei wäre eigentlich genau das Gegenteil legitim: eine Sondersteuer auf sogenannte Übergewinne. Die erzielten Gewinne stehen zwar in direktem Zusammenhang mit dem Geschäftsmodell der Händler, sind aber massgeblich auf externe Umstände wie die Auswirkungen des russischen Kriegs in der Ukraine zurückzuführen, weshalb sie auch gesondert besteuert werden sollten.

Die Internationale Energieagentur (IEA) schätzt beispielsweise, dass 2022 knapp 2000 Milliarden US-Dollar an Übergewinnen aus der Öl- und Gasförderung anfallen. UNO-Generalsekretär António Guterres warf

den Energiefirmen im August 2022 denn auch eine «groteske Gier» vor und sagte, es sei «unmoralisch, dass die Öl- und Gaskonzerne auf dem Rücken der ärmsten Menschen und Gemeinschaften Rekordgewinne aus der Energiekrise ziehen, und das zu massiven Kosten für das Klima». An der UNO-Vollversammlung im September 2022 forderte er alle Staaten auf, «diese exzessiven Gewinne zu besteuern» und die Mittel zu verwenden, «um die Menschen, die unter den steigenden Nahrungsmittel- und Energiepreisen leiden», zu unterstützen.

Die Mehrheit der europäischen Länder sieht dies ähnlich. Viele haben die Besteuerung solcher Übergewinne entweder bereits eingeführt, etwa Italien, Spanien und Grossbritannien, oder zumindest angekündigt. Auch die Europäische Kommission hat im März 2022 Massnahmen beschlossen, darunter die Möglichkeit für befristete Übergewinnsteuern, um möglichst schnell die Abhängigkeit von russischen Energieträgern zu minimieren und die hohen Öl- und Gaspreise abzufedern. Im September 2022 legten die EU-Energieminister*innen einen konkreten Vorschlag für eine Übergewinnsteuer auf gewisse Energiefirmen vor. Auch in den USA ist eine entsprechende Vorlage in Beratung. Obwohl die Ausgestaltung und Umsetzung der verschiedenen Massnahmen stark variiert und die Umverteilung harzig verläuft, gibt es einen internationalen Konsens, dass solche Übergewinne illegitim sind und gesondert besteuert werden sollten.

Schweizer Sonderweg

Nicht so in der Schweiz. Im Juni 2022 liess der Bundesrat auf die Frage von Mitte-Präsident Gerhard Pfister zu einer Übergewinnsteuer verlauten, eine solche sei abzulehnen, da dies unter anderem standortschädlich und schwer zu berechnen sei. Mit den Vorhaben von EU und diversen Nachbarländern sind diese Argumente vom Tisch, und die vom Grünen-Präsident und Nationalrat Balthasar Glättli im September 2022 eingereichte parlamentarische Initiative könnte Gehör finden. Diese fordert, dass «deutliche Übergewinne, die in einem Zusammenhang mit dem Krieg gegen die Ukraine» stehen, auf Bundesebene temporär höher besteuert werden. Betroffen wären Unternehmen aus den Sektoren Energieproduktion und -handel sowie Rohstoffhandel und Rüstungsproduktion. Dadurch könnten Übergewinne abgeschöpft und in der Schweiz, in der Ukraine sowie im Globalen Süden an jene Bevölkerungsgruppen umverteilt werden, die am meisten unter den Auswirkungen des Kriegs leiden. ■



Online finden Sie die Recherche mit allen Quellen, auch zum Weiterleiten:
publiceye.ch/krisengewinne

Was jetzt passieren muss

Die Risiken im Rohstoffsektor stehen in keinem Verhältnis zu den gesetzlichen Grundlagen oder Regulierungsbemühungen in der Schweiz. Die wachsende volkswirtschaftliche Bedeutung und die massiven Gewinne, die Schweizer Händler in globalen Krisen erwirtschaften, machen die Notwendigkeit einer breiten Regulierung des Sektors erneut deutlich. Public Eye fordert deshalb:

Von der Schweizer Regierung und vom Parlament

- Sich im Rahmen der OECD/G20 sowie der UNO für eine gerechte, globale Steuerpolitik einzusetzen, die Gewinnverschiebungen in Sitzstaaten zuungunsten von rohstoffproduzierenden Ländern verhindert.
- Von Steuerprivilegien für Rohstoffhändler, wie der Tonnagesteuer, abzusehen und im Gegenzug im Falle von sogenannten Kriegsgewinnen eine Übergewinnsteuer für den Rohstoffsektor einzuführen sowie deren gerechte Umverteilung vorzusehen.
- Die Transparenz im Rohstoffhandel in der Schweiz zu verbessern, insbesondere durch die regelmässige Veröffentlichung relevanter und umfassender statistischer Daten.
- Eine umfassende Sorgfaltsprüfungspflicht im Bereich Menschenrechte und Umwelt für alle in der Schweiz ansässigen Unternehmen, inklusive Rohstoffhändler, einzuführen, welche deutlich über die jetzt geltenden Bestimmungen hinausgehen.
- Die gesetzlichen Grundlagen für eine Rohstoffmarktaufsicht sowie eine entsprechende Behörde zu schaffen, welche die Einhaltung von Sorgfaltspflichten überwacht und allfällige Verstösse sanktioniert.

Von den Schweizer Rohstoffhändlern und Branchenvereinigungen

- Die Transparenz zu verbessern in Bezug auf die Besitzstrukturen, Geschäftsergebnisse, Tätigkeiten in der Schweiz, Marktanteile und Steuerzahlungen.
- Umfassende Systeme und Prozesse im Sinne einer Sorgfaltsprüfung im Bereich Menschenrechte, Umwelt und Klima, Geldwäscherei und Korruption zentral im Unternehmen zu verankern und umzusetzen sowie insbesondere öffentlich über identifizierte Risiken sowie tatsächliche Verletzungen zu berichten, diesen vorzubeugen und sie gegebenenfalls wiedergutzumachen.



Pestizid- und Düngerverkäuferin Dina Kapiza in ihrem Laden in Mponela im ostafrikanischen Malawi.

© Amos Gumulira/AFP

Von der Vision zum Scherbenhaufen

Bis 2022 wollte eine von internationalen und Schweizer Agrarmultis und der G7 angeführte Initiative Afrika aus der Armut befreien. Doch sie ist ebenso phänomenal wie lautlos gescheitert. Dennoch scheint das Rezept nicht ausgedient zu haben.

CARLA HOINKES

2005 trifft sich eine Gruppe von Führungspersonlichkeiten am Weltwirtschaftsforum (WEF) in Davos, um gemeinsam die New Vision for Agriculture (NVA) zu entwickeln. 2009 wird diese mit dem Ziel, die «nachhaltige Welternährung» zu sichern, offiziell lanciert: «Markt- und innovationsbasierte» Lösungen sollen die landwirtschaftliche Produktion alle zehn Jahre um 20 % erhöhen und gleichzeitig den relativen Treibhausgasausstoß und die ländliche Armut um 20 % reduzieren. Angeführt werden soll dieser «Transformationsprozess» von Unternehmen. Wie auch die NVA selbst, der 17 Multis aus der Branche vorsitzen, von Agrochemie- und Düngerriesen wie BASF, DuPont oder Yara über Agrarhändler wie Bunge und Cargill bis zu Lebensmittel- und Einzelhandelskonzernen wie Nestlé, Coca-Cola und Walmart. Das Präsidium stellt zunächst Monsanto (heute Bayer), später übernehmen es der Basler Agrochemiekonzern Syngenta und der US-Lebensmittelmulti Kraft im Co-Präsidium.

Aus der Vision hervor gehen die zwei Umsetzungsprogramme Grow Asia und Grow Africa. Letzteres wird mit Unterstützung der Kommission und des wirtschaft-

lichen Entwicklungsprogramms (Auda-Nepad) der Afrikanischen Union am WEF 2011 lanciert.

10 Milliarden US-Dollar für Afrika

Kurz darauf wird am G7-Gipfel in Camp David in den USA die «New Alliance for Food Security and Nutrition», kurz «New Alliance», ins Leben gerufen. Diese unter anderem auch von der Weltbank, der Afrikanischen Entwicklungsbank und der UN-Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation unterstützte Initiative will bis 2022 innerhalb von zehn Jahren 50 Millionen Menschen, primär Kleinbäuerinnen und Kleinbauern, «aus der Armut befreien». Gelingen soll dies durch die Förderung privater Investitionen in zehn Ländern in Subsahara-Afrika und unterstützt durch die G7. Das Kernstück (Absichtserklärungen für solche Investitionen durch Unternehmen) wird von Grow Africa koordiniert und ermöglicht. Laut einem NVA-Bericht entstehen die meisten dieser Erklärungen in einem «intensiven dreimonatigen Prozess», der von Grow Africa und der US-Behörde für Entwicklungszusammenarbeit (Usaid) gesponsert wird.

Bald belaufen sich die Zusagen auf mehr als 10 Milliarden US-Dollar. Einige gehen auf afrikanische Firmen zurück. Doch der Grossteil der versprochenen Summen kommt von internationalen Konzernen, allen voran dem norwegischen Düngerkonzern Yara mit 1,5 Milliarden, gefolgt von Syngenta mit einer halben Milliarde. Insgesamt sagen Unternehmen mit Sitz in der Schweiz gegen 900 Millionen US-Dollar zu.

Kaum sind die Investitionsversprechen gemacht, regt sich jedoch Widerstand. Unzählige afrikanische und internationale Organisationen kritisieren, dass Kleinbäuerinnen und Kleinbauern – also ausgerechnet die Hauptbegünstigten – im Programm keinerlei Stimme haben. Bald werden in verschiedenen Ländern schwere Vorwürfe von Landgrabbing und Menschenrechtsverletzungen erhoben. Der Entwicklungsausschuss des Europäischen Parlaments gibt deshalb 2015 einen Bericht in Auftrag, der ein vernichtendes Fazit zieht: Die Investitionserklärungen würden «erhebliche Mängel» aufweisen und zudem «fast gar nicht» auf die Notwendigkeit einer nachhaltigeren und von chemischen Inputs unabhängigeren Landwirtschaft eingehen. Sie beruhten insofern auf einem «veralteten Modell der landwirtschaftlichen Entwicklung». Die EU kündigt dem Programm daraufhin die Unterstützung. Und 2018 zieht sich Frankreich daraus zurück, mit der Begründung, die New Alliance sei «zu ideologisch». Es bestehe zudem eine «reale Gefahr von Landgrabbing auf Kosten von Kleinbäuerinnen und Kleinbauern».

Niemandem Rechenschaft schuldig

Je lauter die Kritik, umso stiller wird es um die New Alliance. Gemeinsam mit Grow Africa sollte sie jährlich über Fortschritte Bericht erstatten. Doch der letzte im Netz auffindbare Bericht stammt von 2015. Bis Ende 2014 sind demnach 7% oder 684 Millionen US-Dollar investiert und 3% der Absichtserklärungen vollständig umgesetzt worden. Bei 43% gebe es Umsetzungsprobleme. Kleinbäuerinnen und Kleinbauern sind laut Bericht primär über den Verkauf von «modernen» Inputs wie Pestiziden und Dünger erreicht worden. Also Produkte, wie sie mehrheitlich von Syngenta und Co. verkauft werden.

Und was ist aus den restlichen Zusagen geworden? Offiziell beendet wurde das Programm, das bis 2022, also noch sieben Jahre länger laufen sollte, nämlich nie. Weil wir auf weitgehend eingeschlafenen oder deaktivierten Websites nicht weiterkommen, fragen wir nach.

Beim WEF als wesentlichem Mitinitiator von Grow Africa haben wir kein Glück und werden umgehend an das inzwischen ganz bei Auda-Nepad angesiedelte Grow Africa verwiesen. Dort erreichen wir auch nach Wochen niemanden. Ebenso wenig bei der New Alliance. Diese erklärt auf ihrer Website, dass die Verantwortung bei den Unternehmen liege. Also fragen

wir alle Schweizer Unternehmen, was aus ihren Zusagen geworden ist; namentlich Barry Callebaut, Nestlé, Syngenta, Swiss Re, den Genfer Finanzdienstleister Intervalle sowie die zu grossen Teilen aus der Schweiz operierenden Agrarhändler Bunge, Cargill und Louis Dreyfus Company (LDC).

Als einzige Firma berichtet Swiss Re über konkrete Resultate in den betroffenen Ländern. Barry Callebaut verweist auf sein 2012 lanciertes Kakao-nachhaltigkeitsprogramm in Afrika. Inwiefern dieses mit der New Alliance zusammenhängt, bleibt auch auf Nachfrage unklar. Nestlé scheint das alles vergessen zu haben. Der Konzern mache bei der New Alliance nicht mit, schreibt uns die Mediensprecherin. Nachdem wir sie vom Gegenteil überzeugt haben, versucht sie «die richtigen Leute» für die Beantwortung unserer Fragen «zu identifizieren». Das gelingt ihr viele Wochen später: Nestlés Beitrag zur New Alliance sei «klar durch unsere eigenen Programme definiert», schreibt die Firma uns und nennt als Beispiel den Nestlé Cocoa Plan. Über die Fortschritte der New Alliance selbst könnten die Mitglieder im Führungsrat besser Auskunft geben.

Aber auch Syngenta (ein solches Mitglied) will diese nicht kommentieren. Die Frage, was aus der versprochenen halben Milliarde US-Dollar geworden ist, bleibt wochenlang unbeantwortet. Auf mehrfache Nachfrage wird uns mitgeteilt, dass die globalen Umstände einiges erschwert hätten, Syngenta aber «kurz davorsteht, die Verpflichtungen zu erfüllen». Von Intervalle, Bunge, Cargill und LDC erhielten wir bis Redaktionsschluss Anfang Januar 2023 keine Rückmeldung.

Entwicklungshilfe für Konzerne?

Ganz abgesehen von der sehr berechtigten inhaltlichen Kritik steht also in den Sternen, ob der Grossteil der vollmundigen Versprechen überhaupt je umgesetzt worden ist.

Während viele Investitionsversprechen sich also offenbar in Luft aufgelöst haben, hat das Programm dennoch auch reale Auswirkungen. Im Gegenzug für die Zusagen der Unternehmen wurden von den betroffenen afrikanischen Ländern nämlich umfassende politische Reformen erwartet. Bis 2015 hatten diese Länder laut Angaben von New Alliance und Grow Africa denn auch bereits 46 politische Reformen zur «Schaffung eines günstigen Investitionsumfelds», 26 Reformen der Regulierungen zu «Land- und Ressourcenrechten» sowie 34 Änderungen der Saatgut-, Pestizid- oder Düngergesetzgebungen gemeldet. So verpflichteten sich beispielsweise Äthiopien und Nigeria, Landrechtsgesetze zugunsten des Eigentums ausländischer Investoren anzupassen, und Tansania passte die Saatgutgesetze an – in beiden Fällen eher zum Vorteil von Konzernen als von Kleinbäuerinnen und Kleinbauern. Solche oder ähnliche Reformen werden seit Jahren auch von anderen Akteuren wie der Weltbank oder Industrie-

Grüne Revolution in Afrika: Wer macht wo mit und in welcher Rolle?

Verschiedene Programme, die sich in Afrika mehrheitlich für eine agroindustrielle Entwicklung im Sinne einer Grünen Revolution stark machen, sind von einer Reihe internationaler Unternehmen und philanthropischer Stiftungen geprägt. Viele engagieren sich in mehreren Programmen zugleich, und diese arbeiten zum Teil auch untereinander wiederum eng zusammen. Die Tabelle stellt nur eine Auswahl der beteiligten Akteure dar. In den meisten Programmen sind auch mehrere UN- und andere internationale Organisationen, Bauernverbände sowie vereinzelt lokale Organisationen oder internationale Nichtregierungsorganisationen vertreten.

AKTEUR	Alliance for a Green Revolution in Africa (Agra) gegründet 2006	New Vision for Agriculture (NVA) gegründet 2009	Grow Africa gegründet 2011	New Alliance for Food Security and Nutrition in Africa (NAFSN) gegründet 2012	Farm to Market Alliance (FTMA) gegründet 2015	Food Action Alliance (FAA) gegründet 2019
Afrikanische Union	Partnerin		Gründerin ¹	Gründerin, Führungsrat ²		
Agra					Mitglied	Mitglied
Bayer, früher Monsanto (Chemie)	Partner	Mitglied		Investitionszusagen	Mitglied	Mitglied
Bill & Melinda Gates Foundation (BMGF)	Gründerin, Geldgeberin					
Cargill (Rohstoffhandel)		Mitglied		Investitionszusagen		Mitglied
Deutschland	Geldgeber ³			Führungsrat, Geldgeber	Geldgeber ⁴	
FTMA						Mitglied
Grow Africa				Enge Zusammenarbeit	Gründer, Mitglied	Mitglied
Nestlé (Lebensmittel)	Partner	Mitglied		Investitionszusagen		
NVA			Gründerin	Partnerin		Mitglied
Rabobank (Finanz)		Mitglied	Mitglied	Investitionszusagen	Gründerin, Mitglied	Gründerin, Mitglied
Rockefeller Foundation	Gründerin, Geldgeberin	Mitglied			Geldgeberin	
Schweiz			Geldgeberin ⁵ (bis 2016)			Mitglied ⁶
Syngenta (Chemie)	Partner	Mitglied und Co-Vorsitz		Führungsrat, Investitionszusagen	Mitglied	
Syngenta Foundation	Partnerin			Partnerin		Mitglied
Grossbritannien	Geldgeber ⁷		Geldgeber ⁷	Führungsrat, Geldgeber		
Unilever (Lebensmittel)		Mitglied	Mitglied	Führungsrat, Investitionszusagen	Geldgeber (via Stiftung Transform)	Mitglied
USA	Geldgeberin ⁸		Geldgeberin	Gründerin, Führungsrat, Geldgeberin	Geldgeberin	
World Economic Forum (WEF)		Gründer	Gründer, Mitglied	Gründer, Führungsrat		Gründer
Yara (Dünger)		Mitglied	Mitglied	Führungsrat, Investitionszusagen	Mitglied	

Private Stiftung

Staatlich

Privates Unternehmen

Programm

¹ Auda-Nepad, Entwicklungsprogramm der Afrikanischen Union.

² Kommission der Afrikanischen Union.

³ BMZ, Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung.

⁴ GIZ, Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit.

⁵ Deza, Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit.

⁶ BLW, Bundesamt für Landwirtschaft.

⁷ Ukaid, Programm der Behörde für Entwicklungszusammenarbeit DFID.

⁸ Usaid, US-Behörde für Entwicklungszusammenarbeit.

verbänden gefördert. Und von der Allianz für eine Grüne Revolution in Afrika (Agra). Diese 2006 von der Bill & Melinda Gates Foundation und der Rockefeller Foundation gegründete Initiative verfolgt in Afrika einen ähnlichen Ansatz wie das WEF und die New Alliance. Sie wollte bis 2020 die Erträge und die Einkommen von Millionen kleinbäuerlichen Familien in elf afrikanischen Ländern verdoppeln und die Ernährungsunsicherheit halbieren – durch Privatsektorinvestitionen mit einem Fokus auf Produktivitätssteigerung durch Förderung chemischer Inputs.

In einem Bericht von 2020 wiesen afrikanische und internationale NGO Agra nach, dass die Ziele grossmehrerheitlich nicht erreicht worden sind. Stattdessen habe die Ernährungsunsicherheit während der Präsenz von Agra in den betroffenen Ländern zugenommen (schon vor Covid-19 und dem Ukrainekrieg), und der Fokus auf – im Resultat bescheidene – Produktivitätssteigerungen bei wenigen Kulturpflanzen wie Mais habe die Ernährungsvielfalt tendenziell verringert.

Alter Wein in neuen Schläuchen?

Trotz vernichtender Bilanz hat Agra diesen Herbst eine neue Fünfjahresstrategie unter neuem Namen präsentiert: Die Grüne Revolution wurde durch «ein nachhaltiges Wachstum für Afrikas Nahrungsmittelsysteme» ersetzt. Vielleicht, um der inzwischen breit anerkannten Tatsache Rechnung zu tragen, dass die sogenannte Grüne Revolution – also die seit Mitte des letzten Jahrhunderts proklamierte Produktivitätssteigerung durch die simple Kombination von HochleistungsSaatgut, Pestiziden und Dünger – den heutigen Herausforderungen der Landwirtschaft nicht gewachsen ist. Doch laut Timothy A. Wise, Berater beim US-amerikanischen Institut für Landwirtschaft und Handelspolitik (IATP), der sich über Jahre intensiv mit Agra auseinandergesetzt hat, schlägt sich der Namenswechsel kaum im Programm nieder, das weitgehend auf die alten Rezepte setze.

Die Zahl der von akuter Ernährungsunsicherheit Betroffenen ist seit 2019 von 135 auf 345 Millionen Menschen gestiegen.

Auch das WEF hat mit der Food Action Alliance (FAA) 2019 eine neue Multistakeholder-Plattform lanciert. Sie baut laut WEF auf der als erfolgreich präsentierten und zugleich unauffällig beerdigten NVA auf. Mitglied bei der etwas breiter aufgestellten FAA sind neben dem WEF, der Syngenta Stiftung für nachhaltige Landwirtschaft, Bayer und anderen Unternehmen auch UN-Organisationen und die Weltbauernorganisation, ebenso wie Grow Africa und Agra, mit WWF International eine NGO sowie das Schweizer Bundesamt für Landwirtschaft. Die FAA will

«Partnerschaften und Investitionen» für nachhaltigere Ernährungssysteme «mobilisieren» und beteiligt sich laut eigenen Angaben an «Agenda-Setting-Prozessen» wie der COP27 und anderen «hochrangigen UN-Treffen».

Heute leiden durch die verschiedenen Krisen weltweit so viele Menschen Hunger wie schon lange nicht mehr. 2021 waren es 828 Millionen. Die Zahl der von akuter Ernährungsunsicherheit Betroffenen ist seit 2019 von 135 auf 345 Millionen Menschen gestiegen. Und die Gelder, welche die Staaten – darunter auch die Schweiz – in die akute Hungerhilfe und längerfristig in die Ernährungssysteme insbesondere in Subsahara-Afrika investieren, sind in der Tat bei Weitem nicht ausreichend.

Schon für die Lancierung der New Alliance im Jahr 2012 war mitunter die grosse Ernährungskrise von 2008/2009 ausschlaggebend. Die damalige Erwartung, dass das bloss Mobilisieren privater Investitionen automatisch massgeblich zur Problemlösung beitragen werde, hat sich mit dem offensichtlichen Scheitern des Programms aber leider als völlig unberechtigt erwiesen.

Weitermachen, als ob nichts wäre

Doch dieses Scheitern scheint erstaunlich wenig beachtet worden zu sein. Im Gegenteil scheinen viele neue Programme auf sehr ähnlichen Erwartungen zu beruhen. Auch die Schweizer Direktion für Entwicklungszusammenarbeit (Deza) setzt verstärkt auf Kooperationen mit der Privatwirtschaft und hat zum Beispiel im Jahr 2021 gemeinsam mit dem Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) sowie den Stiftungen der Credit Suisse und der UBS die Sustainable Development Goal Impact Finance Initiative lanciert.

Nicht nur Gelder, auch Ideen des «Privatsektors» sind dennoch zunehmend gefragt, wenn es um die Bekämpfung von Hunger und Armut oder des Klimawandels geht – und zwar primär diejenigen von grossen internationalen Unternehmen. UN-Organisationen sind in den letzten Jahren umfassende strategische Partnerschaften mit dem WEF und Lobbyverbänden der globalen Agrarindustrie eingegangen, die ihre Interessen unter anderem auch am UN-Welternährungsgipfel 2021 prominent eingebracht haben.

Zur Erreichung der damals formulierten Ziele will das WEF an seinem Jahrestreffen im Januar 2023 in Davos eine Bestandesaufnahme machen. Auch an der internationalen Klimakonferenz im vergangenen November brachte sich das WEF zu Ernährungssystemen ein. In seinem Media Briefing zum Thema kamen ausgewählte Gäste zu Wort; unter anderem erklärte der CEO des brasilianischen Konzerns JBS, was die Industrie alles zur Erreichung der Klimaziele beitrage. JBS ist einer der weltgrössten Hersteller von Billigfleisch und laut einer Analyse der Organisation Mighty Earth «einer der grössten Klimasünder» überhaupt. ■

Investigation Award 2023: Brisante Recherchen zu Schweizer Konzernen gesucht!

Nach einer erschwerten zweiten Ausgabe unter Coronabedingungen geht der Investigation Award endlich in die dritte Runde. Wieder sind Medienschaffende weltweit dazu eingeladen, ihre Rechercheprojekte zu Menschenrechts-, Umwelt- oder Finanzvergehen von Schweizer Unternehmen in wirtschaftlich benachteiligten Ländern einzureichen. Zwei davon wird Public Eye in diesem Jahr mit je 10 000 Franken unterstützen.

OLIVER CLASSEN

Literatur- und Filmschaffende kennen das Phänomen: Je erfolgreicher der Erstling, desto höher sind die Erwartungen ans nächste Werk. Und desto schwieriger sind diese zu erfüllen. Ähnlich erging es auch der zweiten Ausgabe des Investigation Award. Was aber daran lag, dass die Welt – und damit auch die Journalist*innen – schon kurz nach der Ausschreibung primär mit der Bewältigung der Covid-19-Pandemie beschäftigt war. Deshalb erhielten wir bis April 2020 «nur» 44 Projektvorschläge, 10 weniger als noch 2018, als Public Eye dieses Recherchestipendium zur Feier seines 50-Jahre-Jubiläums lanciert hatte. Aus den Einreichungen wählte eine mit drei externen und drei internen Investigativprofis besetzte Fachjury zwei Siegerprojekte, wovon eines nur mit grosser Verzögerung publiziert werden konnte und das andere schliesslich nicht in eine Publikation mündete. Die Gründe dafür waren einerseits eingeschränkte Arbeitsressourcen und wiederholte Reisebeschränkungen, welche den direkten Kontakt mit Informant*innen massiv erschwert hatten. Und andererseits ein Preisgewinner, der sein Projekt aufgrund einer beruflichen Veränderung, die ihn vom Journalismus wegführte, leider nicht zum Abschluss bringen konnte.

Auch die Reportage des Belgrader Journalisten Milorad Ivanovic kam erst im Sommer 2021 zur Veröffentlichung – im Magazin und auf der Website von Public Eye wie auch in einigen serbischen Medien. Doch das Warten hat sich gelohnt: Der Co-Gründer des Balkan Investigative Research Network (Birn) zeigte, wie gesundheitsschädlich die Emissionen einer nordserbischen Zementfabrik von Holcim für die Bevölkerung des Industriestädtchens Beočin sind und wie systematisch der Zuger Konzern die dortigen gesetzlichen Grenzwerte verletzt hat. Seine faktenreiche und atmosphärisch dichte Schilderung erklärt zudem, warum der Schweizer Branchenführer trotz der massiven Luftverschmutzung bislang straflos geblieben ist. «Wir können hier kaum mehr atmen», klagen viele Anwohner*innen, die aus Angst vor Repressionen anonym bleiben wollen. Lokale Gesundheitsdaten gibt es keine, doch die Friedhofsbehörde verzeichnet

eine im nationalen Vergleich deutlich erhöhte Krebssterblichkeit. Holcim gab in einer Stellungnahme zwar «marginale Emissionsüberschreitungen» zu, diese Probleme seien aber «inzwischen längst behoben».

Public Eye investiert, wo andere sparen

Solch aufwendige Recherchen unter widrigen Umständen benötigen neben professionellem Handwerk auch jene finanziellen und zeitlichen Mittel, die Medienschaffenden heute immer weniger zur Verfügung stehen. Wie notwendig und wirkungsvoll es ist, den Schweizer Unternehmen bei ihren Aktivitäten im weniger reichen Ausland genau auf die Finger zu schauen, zeigt die tägliche Arbeit von Public Eye. Als Organisation, die auf investigativen Journalismus setzt, wollen wir dazu alle zwei Jahre auch jenseits der eigenen Themen und Kampagnen beitragen. Dass inzwischen auch andere Akteure journalistische Rechercheprojekte finanzieren, zeigt die steigende Relevanz und Anerkennung dieser für eine demokratische und gerechtere Gesellschaft zentralen Aufklärungsarbeit. Denn «Sonnenlicht ist das beste Desinfektionsmittel»: Was Louis Brandeis, progressiver Anwalt und Richter am Obersten Gerichtshof der USA, vor über 100 Jahren schon postulierte, gilt heute mehr denn je. ■





© Tesson/Andia/Alamy Stock Foto



© Martin Bichsel

Syngentas Paraquat und Parkinson – ein «ganz schreckliches Problem»

Die britische Zeitung «The Guardian» konnte im Rahmen von Gerichtsprozessen in den USA exklusiv Hunderte Firmendokumente von Syngenta und Chevron analysieren. Diese zeigen, dass Syngentas Vorgängerfirma ICI und Chevron (die damals in den USA Paraquat verkauften) schon seit über 50 Jahren von wissenschaftlichen Hinweisen über einen wahrscheinlichen Zusammenhang zwischen ihrem Herbizid und neurologischen Krankheiten wie Parkinson wussten. 1974 warnte ein Chevron-Anwalt intern vor «Klagen in Millionenhöhe» durch dieses – in den Worten eines ICI-Wissenschaftlers – «ganz schreckliche Problem».

Die Unterlagen offenbaren auch die Methoden, welche Syngenta einsetzte, um die Marktzulassungen von Paraquat «energisch» zu verteidigen und Jahresumsätze «von über 400 Millionen Dollar zu schützen». So bat Syngenta 2005 in den USA im Geheimen einen Mitarbeiter der Lobbygruppe CropLife darum, eine renommierte Wissenschaftlerin gegenüber den US-Behörden zu verunglimpfen – um die Behörden daran zu hindern, die kritische Wissenschaftlerin in ein für die Paraquat-Zulassung wichtiges Beratungsgremium aufzunehmen.

Heute sind Syngenta und Chevron in den USA und Kanada mit Klagen von rund 2000 Geschädigten konfrontiert, die Paraquat für ihre Parkinsonerkrankung verantwortlich machen. Die beiden Konzerne könnten zu Entschädigungszahlungen in Milliardenhöhe verpflichtet werden.

Dokumente, die durch diesen Prozess zugänglich wurden, waren auch die Grundlage einer exklusiven Recherche durch Public Eye und die britische Organisation Unearthed. Sie zeigt, wie Syngenta seit Jahrzehnten tödliche Vergiftungen durch Paraquat in Kauf genommen und intern bekannte Massnahmen für mehr Produktsicherheit unterlassen hat.

Während die Schweiz und 58 weitere Länder weltweit Paraquat verboten haben, wird das Herbizid in den USA, unter anderem durch Syngenta, noch immer verkauft.

240 000 Unterschriften gegen Patente auf Saatgut dem Bundesrat übergeben

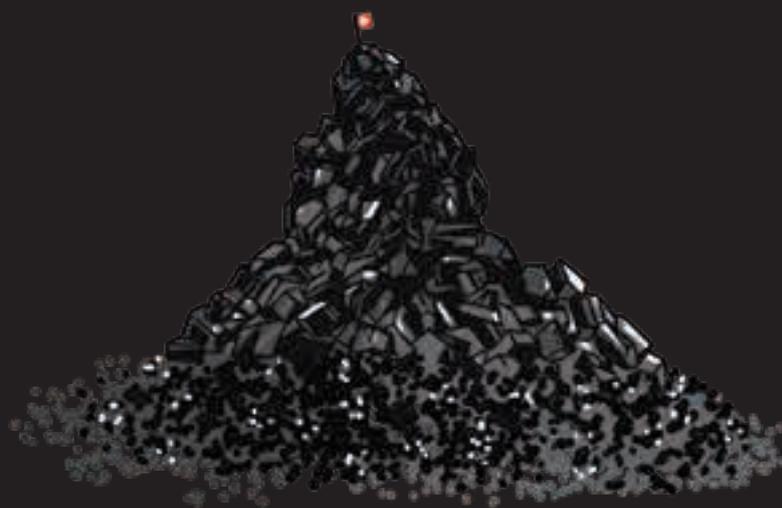
Mit einer Aktion vor dem Bundeshaus forderten Mitte Dezember 2022 Vertreter*innen von Public Eye, Swissaid, ProSpecieRara und Biorespect wirkungsvolle Schritte gegen die Patentierung von Pflanzen und Tieren aus konventioneller Zucht. Nachdruck verliehen sie der Forderung mit der Übergabe einer Petition an die damalige Justizministerin Karin Keller-Sutter. Unterschrieben haben 240 000 Menschen in ganz Europa, davon 17 000 in der Schweiz.

Vor dem Bundeshaus symbolisierten 2 Meter hohe «schreiende» Pflanzen wie Tomate, Brokkoli, Gerste und Mais die untragbaren Zustände bei deren Patentierung. Die Anzahl der vom Europäischen Patentamt (EPA) erteilten Patente auf konventionell gezüchtetes Saatgut nimmt stetig zu – und dies, obwohl Patente auf die herkömmliche Zucht von Pflanzen und Tieren in Europa eigentlich verboten sind. Die Schweizer Organisationen fordern im Rahmen der Koalition No Patents on Seeds gemeinsam mit über 70 Organisationen und 240 000 Mitunterzeichnenden aus 18 Staaten die europäischen Regierungen dazu auf, gegen diesen offensichtlichen Missbrauch des Patentrechts vorzugehen.

Die Unterzeichner*innen fordern, dass sich die 39 Vertragsstaaten des EPA (darunter auch die Schweiz) zu einer Konferenz treffen, um wirksame Massnahmen gegen Patente auf Pflanzen und Tiere zu ergreifen. Nach einem jahrelangen Hin und Her hatte die Grosse Beschwerdekammer des EPA im April 2020 in einem historischen Grundsatzentscheid festgelegt, dass Pflanzen und Tiere aus «im Wesentlichen biologischen» Züchtungsverfahren nicht patentierbar seien. Sie reagierte damit auf die Forderungen der Zivilgesellschaft, des Europäischen Parlaments sowie von Züchter- und Bauernorganisationen, die sich jahrelang gegen die Erteilung solcher Patente gewehrt hatten. Die Rechtsunsicherheit hält aber bis heute an. Denn listige Patentanwälte*innen finden nach wie vor Wege, um das Verbot zu umgehen.

Für eine Welt ohne Kohle

Kohle ist eine Energie der Vergangenheit. Sie ist der klimaschädlichste Energieträger auf dem Planeten, und ihre schwerwiegenden negativen Folgen werden im Preis pro Tonne kaum berücksichtigt. Der Bau neuer Kohlekraftwerke droht die wirtschaftlich benachteiligten Länder langfristig in einen Teufelskreis zu treiben. Angesichts dieser Tatsache und der Massnahmen, durch die der Schweizer Finanzplatz CO₂-neutral werden soll, darf man sich nicht von den Bemühungen abbringen lassen, die Einfuhr und den Verbrauch fossiler Energieträger in der Schweiz zu reduzieren.



Public Eye fordert den Bundesrat und das Parlament auf, Verantwortung in der Klimakrise zu zeigen und den Ausstieg aus dem klimaschädlichen Handel mit Kohle bis 2030 jetzt zu beschliessen.



Unterzeichnen Sie unsere Petition für den Ausstieg der Schweiz aus dem Handel mit Kohle:
publiceye.ch/stopp-kohle

Wo Konzerne lieber im Verborgenen agieren und die Politik dies zulässt, da schaut Public Eye genau hin: Mit Recherchen, Lobbyarbeit, Kampagnen und politischen Vorstössen setzen wir uns dafür ein, dass Schweizer Unternehmen und die offizielle Schweiz ihre Verantwortung zur weltweiten Achtung der Menschenrechte wahrnehmen.

Public Eye, Diererstrasse 12, Postfach, 8021 Zürich
Tel. +41 (0)44 2 777 999, kontakt@publiceye.ch
Spendenkonto: IBAN CH69 0900 0000 8000 8885 4

publiceye.ch

[@publiceye_ch](https://twitter.com/publiceye_ch) [@publiceye.ch](https://facebook.com/publiceye.ch) [@publiceye_ch](https://instagram.com/publiceye_ch)



Globale
Gerechtigkeit
beginnt bei uns

Public Eye